

Dokumentation

LANDTAGSENQUETE „INTEGRATION MIT ZUGEWANDERTEN IN TIROL“

25. November 2009, Großer Saal des Landhauses



Inhalt

1. Pressetext	3
2. Begrüßung	5
3. Integration und Identitätsfindung	5
3.1 Fragen und Diskussion:	19
4. „Wer gehört dazu? Anmerkungen zu Defiziten in der Migrationsgesellschaft	20
4.1 Fragen und Diskussion	26
5. Integration MIT Zugewanderten	28
6. Vorstellung der Initiativen	35
6.1 Ankyra - Zentrum für interkulturelle Psychotherapie	35
6.2 PsychTransKultAG Tirol	36
6.3 Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF)	37
6.4 Frauen aus allen Ländern	38
6.5 Die Initiative Minderheiten	39
6.6 Christlich-Muslimische Dialoggruppe	40
6.7 ZeMIT Zentrum für MigrantInnen in Tirol	41
6.8 Initiative zur gelebten Integration	42
6.9 Integrationszentrum (IGZ) Wörgl	43
6.10 Verein Multikulturell	44
6.11 Land Tirol – Abteilung Bildung	45
6.12 Land Tirol – Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsbeauftragte	46
6.13 Caritas Integrationshaus	47
6.14 Haus der Begegnung	48
6.15 Österreichisches Rotes Kreuz	49
6.16 Phönix in Tirol	50
6.17 Sprachinsel	51
6.18 Integrationsforum	52
7. SpectACT	53
8. Podiumsdiskussion	54
8.1 Eingangsstatements	54
8.2 Reaktionen und Anfragen aus dem Publikum	58
8.3 Kommentarbox	60
9. Schlussworte LR Gerhard Reheis	61

1. Presstext

Enquete im Landhaus zum Zukunftsthema Integration

LR Reheis fordert EU-Kommissar für Integration

Mitglieder der Landesregierung und des Landtages sowie ExpertInnen und VertreterInnen von Tiroler Integrationseinrichtungen kamen in den Großen Saal des Landhauses 1: am Mittwoch, 25.11.2009 fand die Landesenquête „Integration MIT Zugewanderten“ statt. Als zuständiger Landesrat nahm Gerhard Reheis teil: „Ich fordere die EU auf, einen Kommissar für Integration und Menschenrechte zu installieren.“ Dieses Thema sei auf Europaebene angesichts der weltweiten Wanderbewegung von Menschen ernster zu nehmen. Reheis forderte den Bund auf, die Integrationsbemühungen endlich konkreter in einem Staatssekretariat zu bündeln.

Die Auseinandersetzung mit diesem Thema im Rahmen der Landesenquête habe das Bewusstsein für damit verbundene Herausforderungen und Chancen gefördert. „Parallelgesellschaften und Ghettobildungen sind in Tirol fehl am Platz“, führte Reheis aus und verwies auf einen Ausländeranteil von rund zehn Prozent der insgesamt 700.000 TirolerInnen. Dazu kommen rund 26.000 Menschen, die bereits die österreichische Staatsbürgerschaft erworben haben. 165 verschiedene Geburtsländer weisen die in Tirol lebenden Menschen auf. „Unser Konzept ‚Integration MIT Zugewanderten‘ fördert aber die Integration in der neuen Heimat Tirol, verbunden mit der Forderung, die persönlichen Fähigkeiten selbst in die Gesellschaft einzubringen und sich mit ihrer neuen Heimat zu identifizieren“, sagte Reheis.

Enquete geht auf Landtag zurück

Die Enquete geht auf den entsprechenden Antrag der beiden Sozialsprecherinnen Landtagsvizepräsidentin **Gabi Schiessling** (SP) und VP-Landtagsabgeordneter **Sonja Ledl** zurück, den das Hohe Haus im Februar einstimmig beschlossen hat: „Gerade die Ängste und Emotionen in diesem Bereich erfordern ein aktives Auftreten der Politik.“

Die Referentin **Univ. Prof.in Mag. Dr. Gudrun Biffl** betonte in ihren Ausführungen die globale Dimension von Migration. Ähnlich wie Waren zirkulieren kulturelle Werte heute global. Multikulturalismus ist heute ein globales Phänomen geworden. Die Linie zwischen ‚uns‘ und den ‚Anderen‘, zwischen ‚Fremden‘ und ‚Einheimischen‘ ist aus dieser Sicht nicht mehr klar zu ziehen. Generell wäre wenig Information und Wissen in der Bevölkerung zum Thema Migration vorhanden. Dieses Informationsdefizit sei der Nährboden für Fanatiker, populistische Politiker und andere Unruhestifter, die Zuwanderer für Probleme verantwortlich machen wollen, die außerhalb deren Verantwortung liegen.

Der zweite Referent des Tages **Univ. Prof. Dr. Paul Mecheril** beschäftigte sich in seinem Vortrag mit der Frage „Wer gehört dazu?“. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte er die Forderung, dass kritisches Nachdenken über die Migrationsgesellschaft von dem Streben nach gerechteren Verhältnissen geleitet sein sollte. Mecheril betonte, dass wir in einer Migrationsgesellschaft leben und das auch in Zukunft tun werden. Die Kosten der Nicht-Thematisierung von Migration seien immense und wir müssen endlich die migrationsgesellschaftliche Realität anerkennen. In Bezug auf das Bildungssystem nannte

Mecheril klare Forderungen: Berücksichtigung von Vielfalt, Verbesserung der Ausbildung der PädagogInnen, Verhinderung von Diskriminierung und Präsenz von Migrationsanderen in professionellen Bereichen.

Mag. Hannes Gstir präsentierte als Leiter des Juff.-Integrationsreferates das Integrationskonzept „Integration MIT Zugewanderten“ des Landes Tirol, das 2006 veröffentlicht wurde. Das darin publizierte Integrationsverständnis steckt in den Leitsätzen „Vielfalt leben“, „Zukunft gestalten“ und „Chancen nutzen“. Innerhalb dieser Bereiche wurden und werden vielfältige Initiativen und Projekte von verschiedenen Trägern durchgeführt. Bei der Podiumsdiskussion am Nachmittag bezogen VertreterInnen aller Parteien sowie Vertreter der Integrationsvereine Stellung zum Thema.

Ovagem Agaydian forderte den Landtag auf, die Rahmenbedingungen und Ressourcen für die Möglichkeit einer gelungenen Integration zur Verfügung zu stellen. Jeder muss die gleichen Chancen und die gleichen Möglichkeiten der Gestaltung von Gesellschaft haben.

Oscar Thomas-Olalde verlangte von der Politik Zukunftsvisionen über Wahlkämpfe hinaus – Wahlkämpfe dürfen nicht auf Kosten von MigrantInnen und der Gesellschaft gehen. **LT-**

Vizepräs. Gabi Schiessling (SPÖ) sprach sich gegen die Verknüpfung der Themen Sicherheit und Integration durch die Verankerung im Bundesministerium für Inneres aus. Sie forderte ein eigenes Staatssekretariat für Integration. **LT-Abg. Dr. Christine Baur (Grüne)** verwies auf das Elend, das in Zusammenhang mit den verschiedensten

Diskriminierungserfahrungen stünde und betonte, dass PolitikerInnen eine klare Haltung brauchen und auch ein Miteinander von Menschen Wählerstimmen bringen kann. **LT-Abg. Walter Gatt (FPÖ)** beschrieb Integration als Anpassung und als Bringschuld der Zugewanderten. Wenn Menschen im eigenen Dorf einen Großteil der Mitbürger nicht mehr verstünden, dann müsste man die Ängste und Sorgen dieser Menschen verstehen und Ernst nehmen. **LAbg. Mag. Hannes RAUCH (ÖVP)** stellte Sprache als Schlüssel für Integration dar und schlug vor, die Klassenschülerhöchstzahl zu senken und das Lehrpersonal aufzustocken, wenn in einer Klasse mehrere Kinder mit Migrationshintergrund sind.

Klubobmann Bernhard Ernst (Liste Fritz) bemängelte, dass MigrantInnen vor allem in gut dotierten Positionen zu wenig präsent seien und beschrieb die Möglichkeit zum Dialog und zur Begegnung als zentrale Voraussetzungen für eine konfliktfreie Gesellschaft.

In den abschließenden Worten würdigte LR Gerhard Reheis die Enquete als ein „Fenster in ein gelungenes Miteinander“.

2. Begrüßung

Begrüßung durch LT-Präs. DDr. Herwig Van Staa, LRin Mag.^a Dr. Beate Palfrader und LR Gerhard Reheis



3. Integration und Identitätsfindung

Univ.-Prof. Mag. Dr. Gudrun Biffl lehrt und forscht an der Donau-Universität Krems - Department Migration und Globalisierung - Zentrum für Migration, Integration und Sicherheit.



Migrationen prägen das Weltbild heute wie eh und je. Sie bringen Arbeitskräfte ebenso wie Kinder, Studierende, Hilfsbedürftige aus weiten Teilen der Welt. Diese Migrant/innen wohnen mit uns, zum Teil für immer, zum Teil vorübergehend. Dasselbe trifft auf uns zu, wir werden immer mobiler und bringen von überall neue Ideen und Lebensweisen mit nach Hause. Die zunehmende geographische Mobilität der Menschen ist etwas Neues und ein integraler Teil der Globalisierung, die von technologischen Entwicklungen (Internet, Computertechnologie, Medien) ebenso getrieben wird wie von politischen (G8¹, G15², G20³), wirtschaftlichen (mul-

¹ G8: Gruppe der acht (die 7 wichtigsten Industrienationen USA, Kanada, Japan, Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien plus Russland) bezeichnet sich selbst als Abstimmungsforum

tionale Konzerne, WTO, ILO) und sozialen (NGOs, Blogs, UNHCR, Attac). Daraus resultieren neue Herausforderungen für unser Zusammenleben und für unsere Identitätsfindung. Wie wir als Individuen und Gesellschaften damit umgehen, ist gestaltbar.

Was unter ‚Integration‘ verstanden wird, ist in einem gesellschaftlichen Prozess zu erarbeiten, damit sich die Aufnahmegesellschaft ebenso wie die zugewanderten ihrer Rechte und Pflichten bewusst sind und das ‚Aufeinanderzugehen‘ gelernt und systematisiert wird. Damit geht ein Bewusstseinswandel Hand in Hand. Dieser wird in Zeiten des Wandels, in denen sich die traditionellen Lebensmuster und Abhängigkeiten innerhalb der Familie ebenso verändern (Flexibilisierung der Arbeits- und Familienwelt) wie die Anforderungen in der Arbeit (lebensbegleitendes Lernen) zu einer besonderen Herausforderung. Hier sind aber nicht nur die Individuen gefordert, sondern auch der Staat, etwa über die Schaffung adäquater gesetzlicher und institutioneller Rahmenbedingungen, sowie die Betriebe, Schulen, religiösen Einrichtungen und die Zivilgesellschaft.

Damit es im Fall der Niederlassung von Migrant/innen, häufig verbunden mit räumlicher Segregation, nicht zu Parallelgesellschaften kommt, ist aus der Vergangenheit zu lernen. Es sind Brücken zu entwickeln, die eine laufende Kommunikation im Alltag sichern, damit das gegenseitige Verständnis und das Wissen über die Lebensweisen der jeweils ‚Anderen‘ sicher gestellt werden. Auch das Thema Identität und Identitätsfindung ist in einen transnationalen Raum zu stellen. Österreich ist ein gutes Beispiel dafür, wie schwer es der Bevölkerung fällt, mit mehreren Identitäten umzugehen, der eigenen und einer europäischen. Multiple Loyalitäten bzw. hybride Identitäten sind möglich und werden zunehmend für Einheimische zu einer Realität, wie sie für die Diaspora in Österreich schon lange galt. Ein Verständnis dafür zu schaffen, ist eine Voraussetzung dafür, dass es trotz Vielfalt zu einem sozialen Zusammenhalt kommt, der nicht nur für die Wirtschaft sondern auch für die Wohlfahrt ein wichtiger Stützpfeiler ist.

Globalisierung der ‚Kulturen‘?

Europa ist seit längerem mit zum Teil widersprüchlichen Entwicklungen konfrontiert. Als Reaktion auf Kriege und negative Erfahrungen mit ideologischen Fundamentalismen werden starke nationale Identitäten und Werte, die an kulturellen und religiösen Traditionen und Ritualen ansetzen, aufgegeben. Die individuellen Verhaltensmuster werden vielfältiger, ebenso die gesellschaftliche Akzeptanz von unterschiedlichen Ansichten und Werten sowie politischen Positionen (pluralistische Gesellschaft). Kurz, die Hegemonie gewisser Werte und Ideologien wurde mit dem Ende des Kolonialismus und der beiden Weltkriege sowie dem Fall des Eisernen Vorhangs abgelegt. Trotzdem wird von Zuwanderern verlangt, dass sie ‚Europäische‘ Werte oder die der aufnehmenden

in Fragen der Weltpolitik. Neben diesen Ländern hat noch die Europäische Kommission einen Beobachterstatus.

² G15: die Gruppe der Entwicklungsländer wurde 1989 gegründet; derzeit 17 Mitgliedsländer aus Nordamerika, Südamerika, Afrika und Asien zum Zweck der Kooperation und Abstimmung der Politiken bei der Welthandelsorganisation (WTO).

³ G20: die Gruppe der Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer wurde 2003 gegründet; führende Mitglieder sind Brasilien, Indien, Volksrepublik China und die Türkei.

Nationalstaaten annehmen, ohne dass sich eine eindeutige, gesellschaftlich akzeptierte Definition dafür im Vorfeld gefunden hätte.

Ein anderes Phänomen, das damit zusammen hängt, ist die Konfrontation eines europäischen langfristigen Trends der Säkularisierung und der Multikulturalisierung mit dem Aufleben vielfältiger religiöser Überzeugungen und ritualisierter Verhaltensmuster. Letztere dienen zunehmend als Aufhänger für Feindbilder und sind Auslöser für Diskriminierung und Marginalisierung.

Zu der gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Pluralisierung und der zunehmenden Vielfalt der individuellen und gruppenspezifischen Verhaltensmuster haben zumindest vier Prozesse beigetragen:

1. Die rebellischen Jugendbewegungen der 1960er und 1970er Jahre (Skinheads, Punks, Popkultur) - sie überwandene räumliche Distanzen und führten zu einer spezifischen Ausdrucksform der Jugendlichen (Jugendkult).
2. Das Fernsehen, später das Internet, google, UTUBE, Mobiltelefone, brachten vor allem seit den 1990er Jahren die verschiedensten Länder und Kulturen ins Wohnzimmer. In der Folge verschwimmt das Konzept von Fern und Nah.
3. Die Migrationen brachten die Aufnahmeländer und Herkunftsländer in eine gegenseitige Beziehung, eine Wechselwirkung. Die Transnationalität schlägt sich in einer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verflechtung nieder, die allseits Veränderungen auslöst.
4. Die Verringerung der Transportkosten machte Fernreisen zu einem Massenkonsumgut.

Diese Entwicklungen führen zu einer sogenannten "Crossover-Kultur" (Steffen 1999), in der Kulturen, Religionen, und traditionelle Werte kommodifiziert werden; sie zirkulieren ähnlich wie Waren global; man kann sie sich aneignen, sie mit anderen Werten, Ritualen etc verschmelzen; das führt zu Konfusionen und fordert die Gesellschaften auf, sich neu zu definieren, ihre Werte, Verhaltensmuster etc. neu zu konstruieren.

Nederveen Pieterse bezeichnet unsere Gesellschaften als Global Mélange (2009) und weist darauf hin, dass Multikulturalismus nicht mehr aus einer nationalstaatlichen Perspektive zu verstehen ist. Multikulturalismus ist ein globales Phänomen geworden. Das lässt sich an solchen Ereignissen wie der internationalen Reaktion auf die dänischen Cartoons, oder an der Ermordung von Theo van Gogh in Amsterdam festmachen. Multikulturalität heißt daher globale Vernetzung mittels globaler und neuer Formen der Kommunikation, des Reisens, der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politisch-strategischen Interaktion.

Multikulturalität und Diversität im Gefolge moderner Migrationen sind demnach etwas von Grund auf Anderes als die Einwanderung der Vergangenheit, bei der Personen das Herkunftsland verlassen haben, um sich in einem anderen Land für immer niederzulassen. Ein-/Auswanderer alten Stils sind in eine andere Kultur eingetaucht und gaben ihre auf, oder behielten ihre Traditionen bei, die sich mit der Distanz und der Zeit eigenständig weiter entwickelten (Australien) oder aber stagnierten (die aus Tirol stammenden Hutteriten in den USA oder die Tiroler Auswanderer nach Peru/Pozuzo).

Heute ist das anders. Man kann sich über das Satellitenfernsehen jederzeit über die Vorkommnisse im Herkunftsland informieren, schnell auf Kurzvisite ‚nach Hause‘ fliegen und damit in beiden Kulturen gleichzeitig leben. Diasporas sind transnational und sogar interkontinental verknüpft. Migrant/innen können nun in einem Wirtschaftsraum arbeiten und in einem anderen Kulturraum leben. In der Folge hat die Vielfalt der Lebensmuster innerhalb von Regionen zugenommen, während sie zwischen Regionen geringer geworden ist. In der Folge entstehen neue Formen der Lebens- und Glaubensmuster, etwa des Euro-Islam

(Simons 2005). Letzterer ist bemüht, die Grundprinzipien des Korans mit den modernen Lebensformen eines säkularen, demokratischen Europa zu vereinbaren.

Diese Entwicklungen machen deutlich, dass eine alleinige Fokussierung der ‚Integration‘ auf den Nationalstaat an enge Grenzen stößt. Es ist unrealistisch anzunehmen, dass die Identität des Individuums allein aus einer nationalstaatlichen Sicht definiert werden kann – das hat man spätestens dann begriffen, wenn man die Londoner Bombenanschläge (7/7 2005) als Tat von Jugendlichen der zweiten Generation erfassen muss, die voll ‚integriert‘ sind, die sich aber mit internationalen Bewegungen identifizieren und solidarisieren. Auch die politische Entscheidung für oder gegen Integration bzw. Assimilation verliert in dem Zusammenhang an Bedeutung (Modood 2005). Vielmehr muss versucht werden, ein Gefühl der Zugehörigkeit zu schaffen, das multiple Identitäten und Loyalitäten zulässt, ja sogar fördert. Es ist auch klar zu trennen, welche Verhaltensmuster kulturell-traditioneller Prägung sind und welche die Folge von Armut und Ausgrenzung. Es ist auch zu berücksichtigen, dass die Anpassungsgeschwindigkeit der Zuwanderer an die Verhaltensmuster der Aufnahmegesellschaft je nach Bildungs- und Sozialschicht und/oder ethnisch-kultureller Herkunft unterschiedlich rasch erfolgen kann. Das ist so nicht nur weil die Menschen unterschiedliche Vorlieben haben, sondern auch weil die institutionellen Rahmenbedingungen dazu beitragen. So hat etwa die Wohnungspolitik in Paris (Hochhäuser in den neuen Wohnvierteln am Rande der Stadt) dazu beigetragen, dass es zu sozialer oder ethnisch-kultureller Ausgrenzung gekommen ist. In dieser Situation ist es hilfreich, wenn es alternative Integrations- und Identifikationswege gibt, wie etwa den Sport, die Kultur, Musik etc. Wenn also das Hauptsystem ausgrenzend wirkt, etwa das politische Umfeld, der Arbeitsplatz und die Schule, dann werden alternative Formen der Identifikation gesucht, wo ein beiderseitiges Aufeinanderzugehen, eine interaktive Akkulturation, möglich ist, etwa im Sport, in Musik- und Tanzgruppen etc. (Bourhis et al. 1997).

Die Linie zwischen ‚uns‘ und den ‚Anderen‘, zwischen ‚Fremden‘ und ‚Einheimischen‘ ist aus dieser Sicht nicht mehr klar zu ziehen. Die Identität jedes Einzelnen bekommt mehr Facetten, wird vielfältiger, geht über den lokalen und nationalen Bezug hinaus, wird supranational und transnational. Die Globalisierung erweitert die Möglichkeiten des Gefühls der Zugehörigkeit, der Identifikation eines selbst mit anderen, etwa der ‚hiphop community‘, religiöser Strömungen oder anderer gesellschaftlicher oder kultureller Bewegungen. Diese Entwicklungen werden in der Wissenschaft unter der Bezeichnung der flexiblen Akkulturation (Nederveen Pieter-se 2009) subsumiert, oder der segmentierten Assimilation (Portes 1995, 2001).

Ambivalente Einstellung gegenüber Zuwanderern

Die Menschen in der EU(27) haben eine ambivalente Einstellung gegenüber Zuwanderern. Während Zuwanderer unter einem gewissen Anteil der Bevölkerung Verunsicherung auslösen, und zwar gemäß repräsentativen Erhebungen (EK 2007: 68) unter 42% der Befragten, fühlt sich ein mindestens ebenso hoher Prozentsatz nicht verunsichert. Weiters äußert etwa ein Drittel der Befragten Angst vor Überfremdung. Denen steht die Meinung von 54% der Befragten gegenüber, die in der zunehmenden ethnisch-kulturellen Vielfalt eine Bereicherung sehen. Was die Einschätzung des Effekts der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt anbelangt, ist die Meinung ebenfalls gespalten: während 46% glauben, dass die Zuwanderung für eine Zunahme der Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, meinen 40%, dass es diesen Zusammenhang nicht gibt. Gleichzeitig sind etwa ein Drittel der Befragten davon

überzeugt, dass die Zuwanderung einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der Problematik des Alterns der europäischen Bevölkerung leisten kann, während etwa die Hälfte der Befragten nicht dieser Meinung ist.

Die Erhebungen zeigen, dass das Wissen über den Effekt der Zuwanderung auf Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft unter der Bevölkerung diffus ist. Dieses Informationsdefizit ist der Nährboden für Fanatiker, populistische Politiker und andere Unruhestifter, die Zuwanderer für Probleme verantwortlich machen wollen, die außerhalb des Wirkungsradius von Zuwanderern liegen⁴. Zuwanderer können nicht für den zunehmenden Wettbewerb auf Güter- und Arbeitsmärkten im Gefolge von Globalisierung und technologischem Wandel, der einen wirtschaftlichen Strukturwandel auslöst, verantwortlich gemacht werden. Sie sind oft sogar die Ersten, die von dem wirtschaftlichen Wandel betroffen sind, der oft ganze Regionen und ihre Bewohner zu einer Neuorientierung zwingt, die mit schmerzhaften Anpassungsprozessen verbunden sind. In dieser Situation des Wandels und der allgemeinen Verunsicherung über die Zukunft greift man gern auf alte Feindbilder zurück oder erfindet neue. Dabei bieten sich Immigranten und ihre Nachkommen als neue Sündenböcke an (Banton 1997; Dittrich/Lentz 1994), nicht zuletzt weil sie in der Mehrheitsbevölkerung nicht fest verankert sind und sich der Staat oder andere wesentliche politische Akteure ‚noch‘ nicht zu ihrer uneingeschränkten Verteidigung aufgeschwungen haben. In der Folge zielt das Feindbild auf das ‚Andere‘ ab, das ethnisch-kulturell ‚Fremde‘. Dabei wird je nach EU-MS eine andere ethnisch-kulturelle Gruppe als kulturell nahe oder fern im Sinne von Hofstede (2001) angesehen und zu einem Feindbild stilisiert.

Die Ressentiments gegen Zuwanderer haben viele Gesichter: sie reichen von Vorurteilen, d.h. Stereotypisierung der Verhaltensmuster von Personengruppen, über subtile Formen der Diskriminierung bis hin zu fremdenfeindlich motivierten Gewalttaten und rassistischen Übergriffen. Vorurteile sind häufig Wegbereiter für Verhaltensmuster, die unter bestimmten Umständen diskriminierendes Handeln auslösen können (Ajzen 1993; Esser 1993/1996; Fazio 1990). Fremdenfeindlichkeit wird darauf zurückgeführt, dass sich die Aufnahmegesellschaft bedroht fühlt, einerseits vor dem Verlust der ‚nationalen Identität‘, andererseits vor diffusen Ängsten um knappe Güter wie Arbeitsplätze, Wohnungen, Sozialleistungen. Den Ängsten bzw. dem Gefühl der Bedrohung durch Zuwanderung wird in europaweiten Befragungen der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung nachgegangen. Coender – Lubbers – Scheepers (2004) geben einen Einblick in die Erkenntnisse aus den Erhebungen (Eurobarometer) aus den Jahren 1997, 2000 und 2003. In der jüngsten europäischen Werte-Erhebung (Polak—Hamachers-Zuba—Friesl 2009) wird, ähnlich wie in der Sondererhebung des Eurobarometer (2007), die Frage nach der Einschätzung des Effekts der Einwanderer auf die Arbeitslosigkeit gestellt. Im Bericht zur europäischen sozialen Realität (EK 2007: S 71) wird ein Gesamtindikator für die erwartete Wirkungsweise der Einwanderung nach EU-MS ausgewiesen. Diesen Auswertungen zufolge lag die Einschätzung der Österreicher/innen bezüglich des Ausmaßes der empfundenen Bedrohung im europäischen Mittelfeld.

⁴ Extremnationale Politiker, die Zuwanderer zu Feindbildern stilisieren, gibt es nicht nur in Europa sondern auch in den Einwanderungsländern in Übersee. So wurde etwa in Australien eine Politikerin, Pauline Hanson, mit ihren Hassreden gegen asiatische und muslimische Zuwanderer bekannt. Angesichts einer guten Informationslage der Bevölkerung über den positiven Beitrag der Migrant/innen zur Wirtschaftslage konnten die ‚One Nation Party‘ und die spätere ‚Pauline’s United Australia Party‘, die von ihr gegründet wurden, allerdings nicht ausreichend Stimmen lukrieren, so dass diese Parteien nicht ins Parlament kamen.

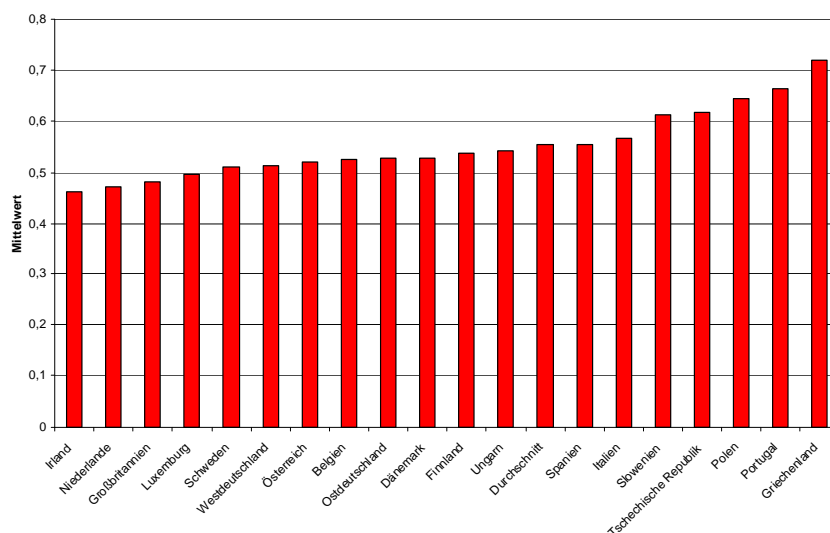
Angst vor Identitätsverlust?

Die Erhebungen des Eurobarometers zeigen, dass im Schnitt etwa die Hälfte der Mehrheitsbevölkerung in den EU-MS der zunehmenden kulturellen Vielfalt infolge Zuwanderung ablehnend gegenübersteht. Die Einstellung gegen Zuwanderer ist in den neuen Zuwanderungsregionen in Süd- und Osteuropa besonders ausgeprägt, während sie in den alten Kolonialländern Niederlande und Vereinigtes Königreich ebenso wie in Irland seltener ist (Abbildung 1).

Ein Vergleich über die Zeit zeigt, dass die Reihung der EU-MS in ihrer Ablehnung der ethnisch-kulturellen Vielfalt relativ stabil ist (Abbildung 2). In einigen Ländern nimmt der Widerstand der Aufnahmegesellschaft gegen die kulturelle Vielfalt im Laufe der Zeit kontinuierlich ab (Dänemark, Belgien), während er in anderen EU-MS konsequent zunimmt (Griechenland, Niederlande, Portugal, Finnland).

Die Skepsis gegenüber Zuwanderern ist unter Menschen mit einfacher Bildung und mit geringem Einkommen besonders ausgeprägt, und zwar in allen EU-MS. Ebenso lehnen Menschen, die von Wohlfahrtsleistungen leben, Zuwanderer überdurchschnittlich häufig ab, vor allem ältere Menschen, sowie Menschen im ländlichen Raum. Weiters zeigt sich, dass die Abwehr gegen Zuwanderer in den Ländern ausgeprägter ist, in denen der Anteil der Zuwanderer an der Bevölkerung höher ist. Gleichzeitig ist in armen EU-MS, gemessen am BIP pro Kopf, die Ablehnung von Zuwanderung stärker als in reichen Ländern. Ebenso besteht ein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen der Höhe der Arbeitslosigkeit in einem Land und der Breitenwirkung der Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft.

Abbildung 1: Widerstand gegen kulturelle Vielfalt in den neuen Zuwanderungsregionen in Süd- und Osteuropa besonders ausgeprägt, während sie in den alten Kolonialländern Niederlande und Vereinigtes Königreich ebenso wie in Irland seltener ist

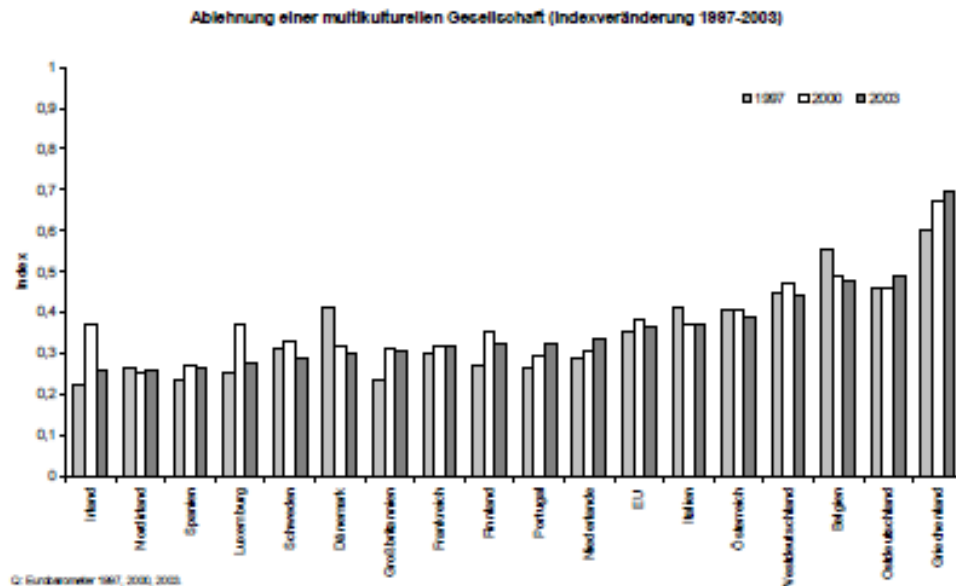


Q.European Social Survey, durchschnittlicher Anteil der Befragten, der gegen kulturelle Vielfalt eingestellt ist.

Diese Daten zeigen, dass Personengruppen, die besonders vulnerabel sind, da sie in Zeiten des Wandels und der allgemeinen Verunsicherung um ihren Job oder um ihr wirtschaftliches Überleben fürchten müssen (HilfsarbeiterInnen und ländlicher Raum) bzw. Angst haben, dass Ihre Pensionen beschnitten werden, in Zuwanderern eine Bedrohung sehen.

Die unterschiedliche sozioökonomische und demographische Zusammensetzung der Bevölkerung sowie die unterschiedliche Höhe der Wertschöpfung pro Kopf und der Arbeitslosenquoten erklären etwa 61% der Abweichung in der Ablehnungsquote einer multikulturellen Gesellschaft (Angst vor Überfremdung) zwischen den EU-MS (Coenders—Lubbers—Scheepers, Report 2: S31).

Abbildung 2:



Eine genauere Untersuchung der Werteerhebung 2009 für Österreich ging der Frage nach, welche Faktoren, zusätzlich zur sozioökonomischen Situation der Befragten, einen Erklärungsansatz für die Meinung bieten, dass Zuwanderer für den Anstieg der Arbeitslosigkeit verantwortlich sind. Diesen Berechnungen zufolge ist der Bildungsgrad ein statistisch signifikanter und wichtiger Faktor für arbeitsmarktbezogene Vorurteile gegen Zuwanderer, jedoch nicht das Alter. Ältere Menschen sind nur tendenziell eher gegen Zuwanderer als jüngere. Es gibt auch keinen signifikanten Unterschied in der Einstellung von Männern und Frauen.

Es zeigt sich aber, dass es signifikante Unterschiede zwischen Bundesländern gibt. So sind etwa Menschen in Kärnten, gefolgt von Oberösterreich und Salzburg, merklich häufiger der Meinung, dass Zuwanderer den Einheimischen Arbeitsplätze wegnehmen, als im Referenzbundesland Vorarlberg. Diese Bundesländer haben einen merklich geringeren Anteil von Zuwanderern als Vorarlberg, gleichzeitig handelt es sich hier nicht um die wirtschaftlich ärmsten Bundesländer und die Arbeitslosenquote ist abgesehen von Kärnten unterdurchschnittlich hoch. Es sind daher eher regionale Faktoren, die mit der spezifischen historischen und politischen Entwicklung verknüpft sind, die eine ausgeprägtere Fremdenfeindlichkeit erklären helfen.

Es zeigt sich weiters, dass Menschen, die eine positive Lebenseinstellung haben (Zufriedenheit mit dem Leben auf einer Skala von 1 bis 10), ebenso wie Menschen, die ein Vertrauen zu den Mitmenschen haben, seltener Vorurteile gegen Zuwanderer haben bzw. in ihnen seltener eine Bedrohung für den Arbeitsplatz sehen als Menschen mit ‚Lebensängsten‘ (Übersicht 1).

Übersicht 1: Angst um Arbeitsplätze und Sündenbock Zuwanderer in Österreich

Ordinale Regression

abhängige Variable v208: Zuwanderer nehmen Einheimischen die Arbeitsplätze weg (1...nehmen weg, 10...nehmen nicht weg)

	Koeffizient	Standardfehler
Alter (metrisch)	-,003	,002
Alter bei Abschluss der höchsten Ausbildung (metrisch)	,042 ***	,006
ISEI-Berufsstatus (metrisch)	,005 **	,003
Geschlecht (Referenz=weiblich)		
männlich	,049	,067
Migrationshintergrund (Referenz=nein)		
Migrationshintergrund vorhanden	,477 ***	,093
Lebenszufriedenheit (Skala 1-10)	,029 *	,017
Vertrauen in Mitmenschen (Referenz=man kann nicht vorsichtig genug sein)		
man kann fast allen vertrauen	,622 ***	,071
Eigene Erfahrung von Arbeitslosigkeit (Referenz=nein)		
min. 3 Monate in den letzten 5 Jahren arbeitslos	,024	,107
Bundesland des Wohnortes (Referenz=Vorarlberg)		
Burgenland	,109	,240
Niederösterreich	-,071	,177
Wien	-,003	,100
Kärnten	-,300 ***	,216
Steiermark	,025	,162
Oberösterreich	-,351 *	,163
Salzburg	-,346 *	,210
Tirol	,192	,194
Schwellenwerte		
μ_1	,778 ***	,277
μ_2	,932 ***	,276
μ_3	1,393 ***	,280
μ_4	1,603 ***	,280
μ_5	2,366 ***	,284
μ_6	2,677 ***	,286
μ_7	2,911 ***	,288
μ_8	3,503 ***	,294
μ_9	3,761 ***	,296

*** signifikant auf dem 1%-Niveau

** signifikant auf dem 5%-Niveau

* signifikant auf dem 10%-Niveau

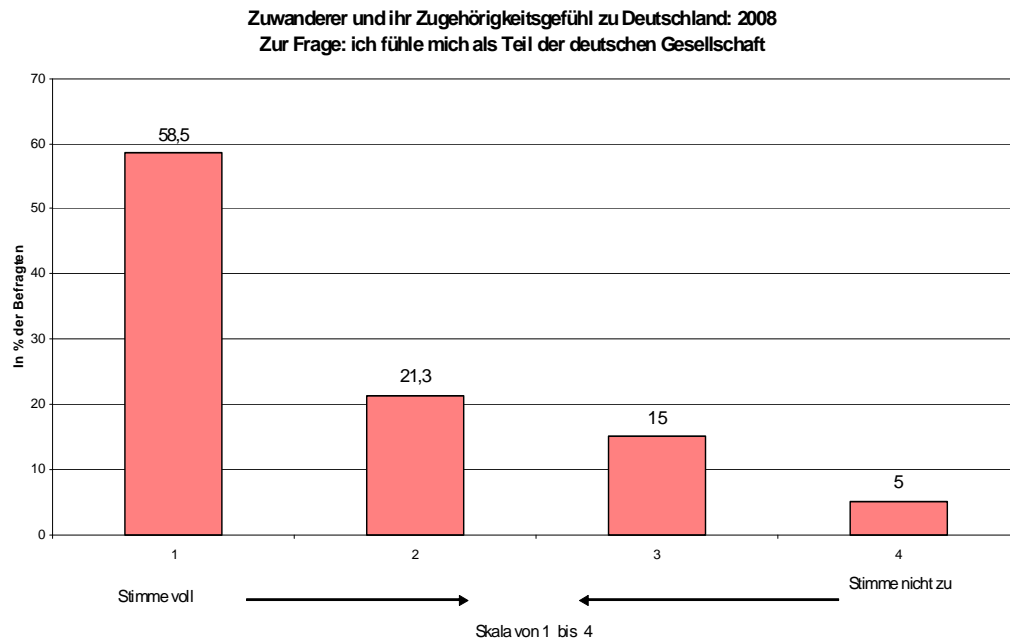
N=1211

Q: European Value Survey 2008 für Österreich, Berechnungen A. Stehmayr.

Starke Identifikation der Zuwanderer mit der Aufnahmegesellschaft

Zweifellos ist eine erfolgreiche wirtschaftliche Integration der Zugewanderten ein wichtiger Faktor für die positive Aufnahme in der Gesellschaft. Sie trägt auch zu einer größeren Akzeptanz kultureller Vielfalt bei. So gesehen gilt der Förderung der Bildung und des Zugangs zum Arbeitsmarkt besonderes Augenmerk, da sie der Grundpfeiler für die Möglichkeit der Selbstentfaltung der Zugewanderten sind. Eine unterstützende Aufnahmegesellschaft schlägt sich auch in der Identifikation der Zugewanderten mit den Werten und Lebensformen der Aufnahmegesellschaft nieder. Das gilt vor allem für die traditionellen Einwanderungsländer USA, Kanada und Australien. In Europa gibt es kein vergleichbares systematisches Einwanderungs- und Integrationsmodell wie in USA, Kanada und Australien, sondern jedes Land hat aus seiner Einwanderungsgeschichte heraus, zum Teil erst sehr spät, auch eine Integrationspolitik entwickelt. Trotzdem ist auch hier die Identifikation der Zugewanderten mit dem Aufnahmeland sehr hoch. Das hat eine Umfrage in Deutschland ergeben (Bertelsmann 2009). Ihr zufolge fühlen sich knapp zwei Drittel der Zuwanderer voll und ganz als Teil der deutschen Gesellschaft und nur 5% fühlen sich nicht zugehörig. Kleinere Untersuchungen in Österreich ergeben einen ähnlich hohen Grad der Identifikation mit Österreich.

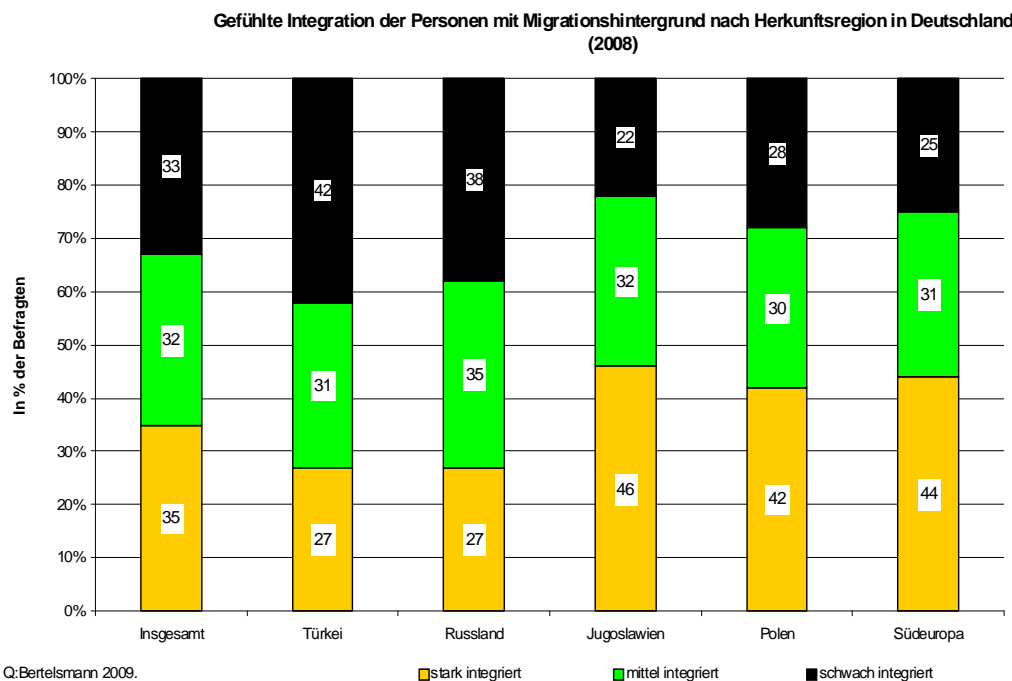
Abbildung 3 Zur Frage: Ich fühle mich als Teil der Gesellschaft



Q: Bertelsmann 2009.

Die Gefühle der multiplen Zugehörigkeit gehen aber auch aus den Erhebungen hervor. So fühlen sich z.B. 41% der Zuwanderer Deutschlands ‚zweiheimisch‘, aber jeder dritte Zuwanderer fühlt sich inzwischen im Herkunftsland fremd. Identitätskonflikte gibt es, im Gegensatz zur langläufigen Meinung, kaum unter den Zugewanderten Deutschlands. Zwei Drittel der Zuwanderer geben an, dass sie sich nie oder selten zwischen Deutschland und dem Herkunftsland hin- und hergerissen fühlen. Nur 12 % haben häufiger Identitätskonflikte. Aber auch unter ihnen wird das mehrfache Zugehörigkeitsgefühl überwiegend als Vorteil und Stärke gesehen. Knapp drei Viertel der Zuwanderer möchten die mitgebrachten Traditionen und Werte mit den deutschen verbinden. Nur 7% wollen sich assimilieren und eine Minderheit von 15% möchte nach den eigenen Werten und Traditionen weiter leben. Ein Integrationsindikator, der aus den diversen Fragenkomplexen gewichtet wurde, zeigt, dass sich zwei Drittel der Befragten Zuwanderer in Deutschland voll integriert fühlten und 33% schwach. Unter den Personen mit türkischem (42% schwache Integration) und russischem (38%) Migrationshintergrund ist das Gefühl der Zugehörigkeit geringer als unter den Personen aus dem vormaligen Jugoslawien (22%), Polen (28%) und Südeuropa (25%).

Abbildung 4:



Da es keine vergleichbaren Erhebungen in Österreich gibt, kann man für Österreich nur spekulieren. Gewisse Anhaltspunkte liefern aber kleinere Untersuchungen in Österreich, die eine tiefe Verbundenheit aller MigrantInnen mit Österreich nachweisen, obschon der Großteil weiterhin einen engen Kontakt mit der alten Heimat pflegt und eine Verbundenheit mit ihr hat. Die neuen Österreicher/innen fühlen sich auch der EU stark verbunden (84%), und zwar stärker als die Einheimischen.

Die Ausführungen zeigen, dass die Identität eine Selbsteinordnung in eine komplexe Welt darstellt, die die individuelle sowie Gruppenbeziehungen definiert. Manuel Castells (1997, 6 ff.) meint dazu:

"Identität ... ist ein Prozess des Aufbaus von Sinn und Bedeutung auf Grundlage kultureller Eigenschaften, denen man den Vorzug vor anderen Sinnbezügen gibt. Für ein Individuum oder einen sozial Handelnden kann es eine Vielzahl von Identitäten geben. Aber das ist eine Quelle von Stress in der Selbstdarstellung wie auch im Handeln. ... Denn im Vergleich zu Rollen sind Identitäten Ergebnis eines tiefer greifenden Prozesses ... Identitäten legen den Sinn fest, während Rollen nur die Funktion definieren. ... Sinn wird um die Primäridentitäten herum organisiert (um solche also, welche die anderen Identitäten stützen)."

Menschen gehören unterschiedlichen Bezugsgruppen an, sie haben also unterschiedliche soziale Identitäten in ihrer individuellen Identität verkörpert, also *multiple Identitäten*. Dieses Verständnis wendet sich gegen den ideologischen Exklusivitätsanspruch einer ganz bestimmten, etwa einer nationalen, Identifikation. In Ländern mit ausgeprägter multikultureller Zuwanderung verliert etwa die Ethnie als identitätsstiftende Gruppierung an Bedeutung und damit die ethnische Solidarität und Loyalität. Eine kollektive Identität, die politisch mobilisieren kann, bleibt aber weiterhin in sozialen Schichtungen erhalten, die ethnisch-kulturelle Trennlinien überwindet.

Maßnahmen zur Förderung der Integration

In Europa wird spätestens seit März 2000, dem Zeitpunkt des Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs in Lissabon und dem Startschuss zur ‚Lissabon Strategie‘, der Zuwanderung im Rahmen der Entwicklungsstrategie bis 2010 besonderes Augenmerk geschenkt. Einerseits wird in der Zuwanderung ein Instrument zur Verlangsamung der Alterung der europäischen Gesellschaft gesehen, andererseits ein Weg zur Belebung der Innovationskraft der Wirtschaft und Gesellschaft. Damit diese Ziele erreicht werden können, ist sicherzustellen, dass die Zuwanderer ihre Fähigkeiten und Potenziale zum Wohle aller einbringen und entwickeln können. Das setzt voraus, dass Vorurteile gegen Zuwanderer abgebaut werden und Maßnahmen gesetzt werden, die ihnen die gleichen Lebenschancen wie Einheimischen eröffnen. Nicht zuletzt deshalb wird der Frage nach der ‚Integration‘ der Zuwanderer unter dem Blickwinkel der Sicherung der sozialen Kohäsion zunehmend Augenmerk geschenkt. Letztere ist als eigenständiges Ziel für die Wohlfahrt aller wichtig, sie ist aber auch für die Erhaltung und Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit Europas unabdingbar.

In der Folge setzt in Europa ein öffentlicher Diskurs über den Effekt der Zuwanderung auf die Gesellschaft ein, der in den USA schon viel früher geführt wurde. So hat etwa Myrdal (1944) darauf hingewiesen, dass die gesellschafts- und demokratiepolitischen Ziele der USA wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Fairness nur dann erreicht werden können, wenn Rahmenbedingungen geschaffen werden, die alle Bevölkerungsschichten in gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Entscheidungsprozesse einbinden, unabhängig von ethnisch-kulturellem Hintergrund, Rasse, Alter und Geschlecht. Das bedeutet, dass Maßnahmen gesetzt werden müssen, die Vorurteile beseitigen und Diskriminierung verhindern helfen. Erfahrungen in Europa und Übersee zeigen, dass es nicht ohne gesetzliche Regelungen geht, wenn man der Benachteiligung von bestimmten Personengruppen wirksam entgegenzutreten will⁵.

Die Maßnahmen müssen nicht nur Armut verhindern, sondern auch die Teilhabe aller am politischen und sozialen Leben sicherstellen sowie die Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Gesundheit, Arbeit und Wohnen. Parekh argumentiert (*Parekh Report*, 2000), dass die Erhaltung des sozialen Zusammenhalts in Europa ein Balanceakt ist, in dem der Diversität Raum zu geben ist und gleichzeitig die gemeinsame Orientierung an gewissen Grundwerten sicherzustellen ist. In dem Zusammenhang geht man davon aus, dass die soziale Kohäsion nur dann bewahrt werden kann, wenn sich alle Mitglieder der Gesellschaft, der Mehrheitsgesellschaft ebenso wie der Minderheiten, auf ein gewisses Mindestmaß an gemeinsamen Werten einigen können (Barroso 2006). Das ist in einer pluralistischen Gesellschaft, die die Vielfalt als Stärke versteht, möglich, setzt aber einen Dialog voraus, der von gegenseitigem Respekt getragen ist. Ein wichtiger Aspekt in dem Zusammenhang ist die Bekämpfung von Vorurteilen gegen Minderheiten und Zugewanderte und von Diskriminierung.

⁵ In den USA hat President J.F. Kennedy mit der *Executive Order 10925* die Equal Employment Opportunity Commission ins Leben gerufen, die 1964 eingesetzt wurde, um die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt für alle zu gewährleisten, unabhängig von Geschlecht, Alter, Rasse, und ethnisch-kulturellem Hintergrund.

Zur Messung der Integration

Die Messung der Integration ist ein besonders komplexes Unterfangen. Bevor man daran geht, muss man sich mit der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Qualifikationen, Herkunft und Geschlecht auseinandersetzen sowie mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Darauf kann ein Integrationskonzept ansetzen, das in ein wirtschaftliches Entwicklungsprogramm eingebunden ist. In Tirol ist dieser Prozess schon abgeschlossen, in Österreich ist man erst dabei, einen Nationalen Aktionsplan für Integration zu schnüren, der als Referenzrahmen nach innen (Bundesländer) ebenso wie nach außen (EU-27) wirkt.

Aber wie misst man einen wechselseitigen Prozess, denn um einen solchen handelt es sich bei der Integration. Koopmans et al. (2005) weisen darauf hin, dass institutionelle Rahmenbedingungen eine ganz bestimmte Form der ‚Integration‘ der Migrant/innen hervorbringen, mit ihren soziopolitischen Einstellungen, die auch als eine Reaktion auf die Rahmbedingungen und die Reaktion auf die Verhaltensmuster der Aufnahmegesellschaft zu werten sind. Wenn etwa eine ethnisch-kulturelle Minderheit ihre Kultur beibehalten will, die Aufnahmegesellschaft dieser Kultur/Tradition aber nicht positiv eingestellt ist, kommt es entweder zu einer Marginalisierung der zugewanderten Minderheit oder zu einer Segregation (Bildung einer Parallelgesellschaft). Wenn hingegen die Aufnahmegesellschaft gegenüber der neu zugewanderten Kultur offen ist und sie in sich aufnimmt, kommt es zu einer Integration beider Kulturen (Multikulturalität). Wenn die zugewanderte Minderheit hingegen bereit ist, die eigenen kulturellen Werte aufzugeben, da die Aufnahmegesellschaft die Kultur der Zugewanderten ablehnt, kommt es zur Assimilation.⁶ (Abbildung 5)

Die EK bemüht sich um die Harmonisierung von Daten und Indikatoren. Spätestens wenn der offene Koordinationsprozess der EU auch die Migrationspolitik erfasst, und das dürfte mit dem Inkrafttreten der nationalen Aktionspläne für Integration aller EU-27 MS im Jahr 2011 stattfinden, müssen auch wir in Österreich eine adäquate Datenbasis aufweisen, damit wir unsere ‚Integrationserfolge‘ nachweisen können.

Abbildung 5: Akkulturationsstrategien von Zugewanderten als Reaktion auf die Aufnahmegesellschaft



⁶ Diese Ausführungen folgen den Überlegungen von Berry et al. 2002.

Dabei reicht es nicht aus, Inländer/innen mit Ausländer/innen oder Personen mit und ohne Migrationshintergrund punkto Bildungsgrad, Beschäftigungsgrad, Sprachkenntnisse, Gesundheitszustand, Wohnqualität und dergleichen mehr zu vergleichen. Es wird auch nötig sein, den sozialen Hintergrund zu beleuchten, d.h. Personen mit und ohne Migrationshintergrund aus derselben Bildungs- und Sozialschicht müssen zum Vergleich herangezogen werden. Dies ist notwendig, weil sich die Zugewanderten und die Einheimischen im Schnitt nach ihrem Bildungsgrad, Beruf und Einkommensklasse merklich unterscheiden. Die Unterschiede sind auch zwischen den verschiedenen Herkunftsregionen ausgeprägt, was transparent zu machen ist, damit man Vorurteilen mit Fakten entgegentreten kann.

Die Indikatoren können subjektive/qualitative ebenso sein (spezielle Erhebungen) wie objektive aus administrativen Statistiken. In jedem Fall sind Aspekte der Schule und Ausbildung, des Arbeitsmarktes, der Staatsbürgerschaft (Einbürgerung), der Sprache, der Wohnsituation, der Familien, des Einkommens und der sozialen Absicherung, der Gesundheit und Diskriminierung relevante Themen, die zu erfassen sind, ebenso wie soziale Kontakte, Werte und Identifikation damit, politische Partizipation, Medien, Kriminalität Ziviles Engagement, um nur die wichtigsten zu nennen.

Nur dann ist man in der Lage, die eigene und die zugewanderte Bevölkerung davon zu überzeugen, dass der Slogan der Gleichbehandlung und der Schaffung gleicher Lebenschancen wahr ist und von allen ernst genommen wird. Das ist einerseits ein wichtiger Beitrag für die Erhaltung des sozialen Friedens, andererseits für die Förderung aller mit dem Ziel der Erhaltung der eigenen wirtschaftlichen Unabhängigkeit und der sozialen Sicherheit.

Ein umfassendes Integrationskonzept beinhaltet unter anderem auch eine Definition der Ziele der Integrationspolitik und der Instrumente, die zur Zielerreichung eingesetzt werden. Darauf aufbauend kann ein Monitoringsystem entwickelt werden, wie etwa in Dänemark, Niederlande, Norwegen, Schweden, Deutschland und Tschechien. Dabei wird die Effektivität der Integrationspolitik an der Verringerung der Unterschiede zwischen Migrat/innen und Nicht-Migrant/innen gemessen, wobei zu berücksichtigen ist, in welchem Maße die Unterschiede die Folge der Zugehörigkeit zu einer ethnisch-kulturellen Gruppe oder einer sozialen Schicht sind.

Österreich hat diesen Weg der Förderung der Integration aufgenommen, nicht zuletzt um ein ‚Wir‘-Gefühl entstehen zu lassen, das der Verbesserung der Lebensqualität aller förderlich ist.

Literaturhinweise:

- Ajzen, Icek , 1993: Attitude Theory and the Attitude-Behavior Relation. S.41-57 in: Dagmar Krebs und Peter Schmidt (Hg.): *New Directions in Attitude Measurement*, Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Banton, Michael , 1997: *Ethnic and Racial Consciousness*. 2.Aufl., Harlow: Addison Wesley Longman.
- Barroso, Jose Durao 2006, A Soul For Europe, Konferenzrede in Berlin am 17. November 2006, EK. <http://europaviva.blogspot.com/2006/11/conference-soul-for-europe-jose-duro.html>
- Berry, J. W., Poortinga, Y. H., Segall, M. H. & Dasen, P. R. (1992/2002). *Cross-cultural psychology: Research and applications*. New York: Cambridge University Press. – 15 – Bertelsmann Stiftung 2009, Zuwanderer in Deutschland, Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Menschen mit Migrationshintergrund, http://www.sachsen-anhalt.de/PSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Integrationsportal/Dokumente/Downloads/BST-Studie-Integration.pdf
- Betts, Katharine (1988), *Ideology and Immigration, Australia 1976 to 1987*, Melbourne University Press.
- Biffi, Gudrun 2009, Zur Rolle der Bildung für MigrantInnen in Österreich, in Lorenz Lassnigg, Helene Babel, Elke Gruber, Jörg Markowitsch (Hrsg.) *Öffnung von Arbeitsmärkten und Bildungssystemen Beiträge zur Berufsbildungsfor-schung*, Studien Verlag, Reihe: Innovationen in der Berufsbildung Band: 6, Innsbruck-Wien-Bozen.

- Biffl, Gudrun (2007): Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von MigrantInnen in Österreich. Zur Rolle von Einbürgerung, Herkunftsregion und Religionszugehörigkeit, in: Fassmann, Heinz (Hrsg.): Zweiter österreichischer Migrations- und Integrationsbericht 2001 – 2006. Klagenfurt / Celovec.
- Biffl, Gudrun (2006), Towards a Common Migration Policy. Potential Impact on the EU Economy, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung/Journal of Labour Market Research, 1, 1-17
- Biffl, Gudrun (2004), Der Einfluss von Immigration auf Österreichs Wirtschaft, in Nationaler Kontaktpunkt Österreich im Europäischen Migrationsnetzwerk: Der Einfluss von Immigration auf die österreichische Gesellschaft. Österreichischer Beitrag im Rahmen der europaweiten Pilotstudie "The Impact of Immigration on Europe's Societies", Wien, 2004, <http://www.emn.at/News-article-folder-12.phtml>.
- Biffl, Gudrun (2000), Zuwanderung und Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Ein Beitrag zur Insider-Outsider-Diskussion, in: Husa, Karl, Parnreiter, Christof, Stacher, Irene (Hrsg.): Internationale Migration, Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts, Wien, 207-227.
- Biffl, Gudrun 1996, 'Immigrant Labour Integration', in International Handbook of Labour Market Policy and Evaluation, Schmid, Büchtemann, O'Reilly, Schömann (Eds.), Wissenschaftszentrum Berlin, WTD, Berlin.
- Birrell, Robert / Birrell, Tanja (1987): An Issue of People. 2nd edition, Melbourne.
- Boeri, Tito, Brücker, Herbert (2005), Why are Europeans so tough on migrants?," Economic Policy, 44, 631-703.
- Borjas, George J. 1995, The economic analysis of immigration, in The New Economics of Human Behaviour, Mariano Tommasi und Kathryn Ierulli (Hrsg.), Cambridge University Press.
- Borjas, George J. (1994): The Economics of Immigration, in: Journal of Economic Literature, 32, 1667-1717
- Bourhis, R. Y., L. C. Moïse, S. Perreault, S. Sénécal 1997 Toward an interactive acculturation model: a social psychological approach, *International J of Psychology*, 32, 6: 369-86
- Coenders, Marcel, Lubbers, Marcel, Scheepers, Peer 2004, Majority population's attitudes towards migrants and minorities, Results from the Standard Eurobarometers 1997-2000-2003, Report for the Centre on Racism and Xenophobia, Ref.No.2003/04/01, University of Nijmegen.
- Dittrich, Eckhard J. und Astrid Lentz , 1994: Die Fabrikation von Ethnizität. S.23-43 in: Reinhard Kößler und Tilman Schiel (Hg.): Nationalstaat und Ethnizität, Frankfurt a.M.: IKO-Verlag.
- Fazio, Russell H. 1990: Multiple Processes by which Attitudes Guide Behavior: The MODE Model as an Integrative Framework. Mark P. Zanna (Hg.): Advances in Experimental Social Psychology. Vol. 23, San Diego et al.: Academic Press.
- Esser, Hartmut , 1993: Ethnische Konflikte und Integration. S.31-61 in: Caroline Y. Robertson-Wensauer (Hg.): Multikulturalität - Interkulturalität?, Baden-Baden: Nomos.
- Esser, Hartmut, 1996: Die Definition der Situation, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 1-34.
- Europäische Kommission 2007, European Social Reality, Special Eurobarometer 273, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_273_en.pdf
- Heitmeyer, Wilhelm 1996: Ethnisch-kulturelle Konfliktodynamiken in gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen. in Wilhelm Heitmeyer und Rainer Dollase (Hg.): Die bedrängte Toleranz Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S.31-63,.
- Hofstede, Geert (2001) Culture's Consequences – Comparing Values, Behaviors, Institutions and Organizations Across Nations, 2. Auflage, Thousand Oaks, London, Neu Delhi 2001.
- Koopmans, Ruud, Paul Statham, Marco Giugni, Florence Passy, 2005, Contested Citizenship. University of Minnesota Press, Minneapolis & London.
- Myrdal, Gunnar (1944) An American Dilemma. New York, Harper and Brothers.
- Steffen, Therese 1999, Crossover. Cultural Hybridity in Ethnicity, Gender, Ethics, Stauffenburg Verlag.
- Modood, Tariq 2005 Remaking multiculturalism after 7/7, Open Democracy, 29 September.
- Nederveen Pieterse, Jan 2009, Globalization and Culture: Global Mélange, Rowman & Littlefield, 2nd revised edition (orig. 2003).
- Parekh, Bikhu. (2000) Rethinking Multiculturalism, HMSO, London, 2000.
- Polak, Regina, Hamachers-Zuba, Ursula, Friesl, Christian (Hrg.) 2009, Die Österreicher/-innen, Wertewandel 1999-2008, Czernin Verlag, Wien.
- Portes, Alejandro (1995), Children of Immigrants: Segmented Assimilation and its Determinants, in *The Economic Sociology of Immigration*, New York: Russell Sage Foundation: 248-280.
- Portes, Alejandro, Rumbaut, Ruben (2001), Legacies: The Story of the Immigrant Second Generation, Berkeley: Russell Sage Foundation.
- Simons, Marlise 2005 Muslim women in Europe claim rights and keep faith: embracing Islam and independence, *New York Times*, December 29: 3

3.1 Fragen und Diskussion:

Publikum: Österreich hat restriktive Zugangsbestimmungen. Wie weit stellen diese gesetzlichen Vorgaben Hemmnisse für eine gelungen Integrationspolitik dar?

Gurdun Biff: Wir erleben verschärfte Abgrenzung gegen Drittstaatsangehörige.

Der Erwerb der Staatsbürgerschaft wurde verschärft.– Das ist deshalb problematisch, weil die Staatsbürgerschaft ein wichtiges Identifikationsmittel darstellt.

Ius soli (typisch für traditionelle Einwanderungsländer (USA)) wäre passender.

z.B. Deutschland ermöglicht Kindern, die in Deutschland zu Welt kommen, die dt. Staatsbürgerschaft anzunehmen. Das ist ein Signal: „Ihr gehört zu uns!“

Wir müssen bedenken, dass etwa die Hälfte der Zuwanderung mit Aufenthaltsrecht passiert. Diese Menschen kommen aus der EU (break-even 2008). Allein dadurch bekommen wir Zuwanderung, die wir nicht verhindern können, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

Türkei und ExJugoslawien sind nicht mehr so starke Zuzugsländer.

Problematisch ist dabei insbesondere die Dequalifizierung der Menschen aus den neuen EU MS.

Arbeitsmarkt und Schulsystem sind für die Integration besonders relevant.

Christine Baur: ist der Meinung, dass das Thema politisch benutzt wird um Herrschaftsverhältnisse aufrecht zu erhalten. Sie stellt der Referentin folgende Fragen:

„Was braucht es damit der Frieden in diesem Land aufrecht erhalten werden kann?

Was bedeutet Zugehörigkeitsgefühl?

Diskriminierung von Menschen mit schwarzer Hautfarbe, die in Tirol geboren und tirolerisch sprechen. Wo bleibt dieser Aspekt?“

Gurdun Biff: Es ist eine komplexe Frage, was die Merkmale sind, an denen Diskriminierung festgemacht wird!

Wir bräuchten ein Antidiskriminierungsgesetz mit Biss. Das könnten man zB. von den USA lernen. (Dort gab es in den 40er Jahren die Diskussion, dass die großen Werte (Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit,..) nur realisierbar sind, wenn gesetzliche Regelungen erlassen werden. Umgesetzt wurden diese dann unter Kennedy.)

Ein Euro-Islam hat sich entwickelt; Europa vergisst, dass die Gleichwertigkeit der Religionen im Gesetz verankert ist.

Gerade Menschen aus Afrika, die in Österreich leben, sind oftmals besonders gut qualifiziert. Trotzdem ist auch die 2. Generation diskriminiert. Sie stehen in Vergleich zu Österreichern schlecht im Bildungssystem da.

Gurdun Biff plädiert für mehr Aufmerksamkeit für das Antidiskriminierungsgesetz.

Dauer: 9:30 – 10:30

für die Dokumentation der Diskussion: Mag.^a Kerstin Rößler

4. „Wer gehört dazu? Anmerkungen zu Defiziten in der Migrationsgesellschaft

Univ.-Prof. Dr. Paul Mecheril ist Professor für Interkulturelles Lernen und Sozialer Wandel an der LFU Innsbruck und Leiter des Instituts für Erziehungswissenschaften.



"Migration funktioniert nicht wie ein Wasserhahn, der sich nach Belieben auf und zudrehen lässt"

(OECD-Generalsekretär Angel Gurría)

„Man rief Arbeitskräfte, und es kamen Menschen“

(Max Frisch)

Die erste Tugend eines kritischen Nachdenkens über die (Migrations-) Gesellschaft ist ein Streben nach „gerechteren Verhältnissen“.

„Bisher gab es auf dieser Enquete einen interessanten Konsens: Wir leben in einer Migrationsgesellschaft und aus diesem Umstand müssen wir vernünftige Konsequenzen ziehen. Warum fällt es aber bestimmten nationalstaatlichen Gesellschaften so schwer vernünftige Konsequenzen zu ziehen? Deutschland und Österreich gehören - vergleichbar mit großen Einwanderungsländern – zu bedeutenden Migrationskontexten; allerdings tun sich diese Länder schwer mit der Selbst-Anerkennung als Migrations- und Einwanderungsland.

Ich möchte über die österreichische Migrationsgesellschaft unter einem bestimmten Motto nachdenken (das von einem Zitat von John Rawls inspiriert ist: „Die erste Tugend sozialer Institutionen ist Gerechtigkeit.“) Das kritische Nachdenken über die Migrationsgesellschaft sollte meines Erachtens von dem Streben nach gerechteren Verhältnissen geleitet sein. Mit dem Motto, das meine Ausführungen leitet, beziehe ich von Beginn an eine bestimmte normative Position, die sich von anderen Positionen (z.B. dass es um Bewahrung der Vorrangstellung einer nationalen Gemeinschaft) unterscheidet.

Mit dem Hinweis, dass die erste Tugend eines kritischen Nachdenkens über die (Migrations-)Gesellschaft ein Streben nach „gerechteren Verhältnissen“ ist, verbindet sich eine universalistische und inklusive Position, die sich von dem Vorrang partikularer Interessen (ein lokales „Wir“, eine national imaginierte Gemeinschaft) absetzt.

Ich möchte hier sechs Thesen vertreten:

1. These

Migrationsphänomene sind – wie immer dies bewertet wird - auf Dauer Bestandteil gesellschaftlicher Realität (EU; Kriege; Ökologie; technologische Schrumpfung von Raum und Zeit)

2. These

Österreich ist eine eigentümliche Migrationsgesellschaft, eine Gesellschaft, die Schwierigkeiten hat, sich selbst anzuerkennen

3. These

Nicht-Anerkennung der migrationsgesellschaftlichen Realität ist mit hohen monetären, sozialen und moralischen Kosten verbunden

4. These:

Dem Bildungssystem „gelingt“ es relativ stabil, Schüler und Schülerinnen „mit Migrationshintergrund“ zu benachteiligen

5. These:

Benachteiligung im und durch das Bildungssystem findet durch Gleichbehandlung und durch Ungleichbehandlung statt

6. These:

Wollen wir gerechtere Verhältnisse im Bildungssystem der österreichischen Migrationsgesellschaft, ist ein grundlegender Wandel des Bildungssystems, ein Paradigmenwechsel erforderlich

Bewegungen von Menschen über relevante Grenzen hinweg hat es zu allen historischen Zeiten und fast überall gegeben. Migration ist eine universelle Praxis, eine allgemeine menschliche Handlungsform. Allerdings haben sich Art und Ausmaß der Wanderungsbewegungen wie auch die Ordnungen, die Grenzen hervorbringen und damit die Grenzen selbst, im Laufe der Zeit grundlegend gewandelt.

Für gesellschaftliche Verhältnisse der Gegenwart sind Migrationsphänomene von ausgeprägter Bedeutung. Noch nie waren weltweit so viele Menschen bereit, aufgrund von Kriegen, ökologischen Veränderungen, Bürgerkriegen und anderen Bedrohungen gezwungen und aufgrund der technologisch bedingten Veränderung von Raum und Zeit in der Lage, ihren Arbeits- oder Lebensmittelpunkt, sei es vorübergehend oder auf Dauer, zu verändern: Wir leben in einem Zeitalter, für das Phänomene der Migration konstitutiv sind.

Migration war immer ein bedeutender Motor gesellschaftlicher Veränderung und Modernisierung. Migrant/innen können in dieser Perspektive als Akteure gesehen werden, die neues Wissen, Erfahrungen, Sprachen und Perspektiven in unterschiedliche soziale Zusammenhänge einbringen und diese mit gestalten. In Europa und vor allem auch in Österreich, in Medienberichten wie parteipolitischen Verlautbarungen, hält sich jedoch hartnäckig eine Negativ- und Defizitperspektive, die Migration vor allem in Verbindung mit Armut und Kriminalität, als störend, bedrohend und fremd thematisiert

Die mit Migration einhergehenden Wandlungsprozesse berühren nicht allein spezifische gesellschaftliche Bereiche, sondern vielmehr Strukturen und Prozesse der Gesellschaft im Ganzen. Hierbei werden die mit spezifischen Formen von Homogenität rechnenden gesellschaftlichen Institutionen der wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssysteme, des Bildungs- und Gesundheitswesens wie auch die Institutionen des Rechtssystems durch Migration vor

Herausforderungen gestellt, mit denen eine Gesellschaft, die sich traditionell als Gesellschaft einer Mehrheit versteht, nicht selbstverständlich umgeht.

Ich verwenden hier den Ausdruck ›Migrationsgesellschaft‹, da der Begriff ›Migration‹ weiter als der der ›Einwanderung‹ oder ›Zuwanderung‹ ist und dadurch einem weiteren Spektrum an Wanderungsphänomenen gerecht wird. Der Ausdruck ›Migration‹ ermöglicht damit, dass eine Vielfalt gesellschaftlicher Phänomene zum Thema werden kann. Mit dem Ausdruck ›Migration‹ ist eine Perspektive verbunden, mit der Phänomene erfasst werden, die für die gesellschaftliche Wirklichkeit kennzeichnend sind wie beispielsweise: Phänomene der Ein- und Auswanderung sowie der Pendelmigration, Formen regulärer und irregulärer Migration, Vermischung von Sprachen und kulturellen Praktiken als Folge von Wanderungen, Entstehung von Zwischenwelten und hybriden Identitäten, Phänomene der Zurechnung auf Fremdheit, Strukturen und Prozesse alltäglichen Rassismus, Konstruktionen des und der Fremden, oder Erschaffung neuer Formen von Ethnizität

Wir leben somit in einer Migrationsgesellschaft und werden dies auch in Zukunft tun. Dies wirft die Frage auf: Wo endet diese Gesellschaft? Räumlich scheint sie nicht an den nationalstaatlichen Grenzen halt zu machen. letztlich ist die Migrationsgesellschaft nur noch sinnvoll als globale und mundiale Gesellschaft zu denken. Die Politik agiert zumeist aber noch in unterschiedlichen lokalen Maßstäben. Gerade das Thema Migration macht deutlich, dass wir eigentlich eine translokale politische Ebene benötigen. Auch zeitlich sind politische Zuständigkeiten befristet. Migration, Ökologie und Bildungspolitik verlangen aber langfristige Konzepte und sind nicht im Zeitmaßstab von Amtsperioden bewältigbar. Die migrationsgesellschaftliche Dimension stellt also unser politisches System in Frage. Aber nicht nur dieses. In politischen und alltagsweltlichen Auseinandersetzungen um das Thema Migration geht es immer um die Frage, wie und wo ein nationalstaatlicher Kontext seine Grenze festlegen und wie er innerhalb dieser Grenze mit Differenz, Heterogenität und Ungleichheit umgehen will. Migration problematisiert Grenzen. Dies sind nicht so sehr die konkreten territorialen Grenzen, sondern eher symbolische Grenzen der Zugehörigkeit. Durch Migration wird die Frage der Zugehörigkeit – nicht nur die der sogenannten Migrant/innen – individuell, sozial und auch gesellschaftlich zum Thema, da durch Migration eine Differenzlinie befragt wird, die zu den grundlegendsten gesellschaftlichen Unterscheidungen gehört. Diese (imaginäre) Grenze scheidet das ›Innen‹ von dem ›Außen‹. Migration ist somit nicht angemessen allein als Prozess des Überschreitens von Grenzen beschrieben, sondern ein Phänomen, das die Thematisierung und Problematisierung von Grenzen zwischen ›Innen‹ und ›Außen‹ und zwischen ›Wir‹ und ›Nicht-Wir‹ nach sich zieht und damit sowohl die Infragestellung einer fundamentalen Unterscheidung gesellschaftlicher Ordnung vornimmt als auch ihre Stärkung.

In der Auseinandersetzung um das Thema „Migration“ geht es somit um die Frage: In welcher Gesellschaft wollen wir eigentlich leben? Dem Motto dieses Vortrags folgend kann ich sagen: In einer gerechteren Gesellschaft, die nicht im Zeichen des Vorrangs einer (nationalen oder ethnischen oder kulturellen) Gruppe andere Gruppen und Individuen ausschließt.

Migrationsgesellschaften sind komplexe und komplizierte Gesellschaften. Die Veränderung gesellschaftlicher Realität in Richtung Gerechtigkeit, ist kein einfacher Prozess. Es gibt keinen Königsweg. Allerdings benötigen wir Konzepte, die weniger ideologisch mit dem

Thema Migration umgehen oder das Thema Migration ideologisch instrumentalisieren. Wir benötigen nüchterne Konzepte. Auch im Tiroler Integrationskonzept ist zu lesen, dass die Kosten der Nicht-Thematisierung von Migration immens sind. Dabei geht es meiner Ansicht nach nicht nur um monetäre Kosten, sondern auch um soziale, politische und auch sozusagen um moralische Kosten.

Der Diskurs über „Migration“ ist ein heftig geführter Diskurs, weil es um etwas geht und weil die Akteure des Diskurses etwas zu gewinnen und etwas zu verlieren haben. Das, was hierbei zur Disposition steht, das, was verloren und vielleicht auch gewonnen werden kann, bezeichnet hierbei ein zentrales imaginäres gesellschaftliches Moment, nämlich die Frage, wer „wir“ sind bzw. wer „wir“ sein wollen. Durch das und in dem Thema „Migration“ wird also die Frage problematisiert, wer und was (z.B. welche linguale und kulturellen Praxen) zu der vorgestellten nationalstaatlichen Zusammenhang legitimer Weise dazu gehören und wer und was legitimer Weise nicht. Diese Beunruhigung ist hierbei nicht alleine eine abstrakte und bloß im Raum der medialen und politischen Öffentlichkeit ausgetragene Auseinandersetzung, sie betrifft vielmehr grundlegende Praxen und Selbstverständnisformen wie die Frage, wer in Österreich juristisch legal und kulturell legitim von sich behaupten darf, Bürgerin dieses Landes zu sein und als Bürger zu handeln. Sie betrifft aber auch die weitestgehend von monokulturellen und monolingualen Routinen geprägte Institutionen und Organisationen der Subsysteme, die durch Migrationsphänomene in ihren Selbstverständnissen, Strukturen und Mustern grundlegend irritiert werden. Schließlich zeigt sich die Beunruhigung aber auch auf einer individuellen und persönlich-biographischen Ebene, da durch Migration als selbstverständlich geltende Ressourcenverteilungen auf der Ebene von „wer bin ich und was steht mir aufgrund dieser Identitätsposition legitimer Weise zu“, von denen einige profitieren und andere nicht, problematisiert werden.

Nun hat sich in der deutschsprachigen Öffentlichkeit eingebürgert, das Thema Migration nahezu ausnahmslos in einem Atemzug mit der Vokabel „Integration“ zu behandeln. Da es bei der Thematisierung von „Migration“ zumeist nicht ausschließlich um eine Analyse, sondern immer auch um normative und regulative Fragen geht, wird die Integrationsvokabel auch im Kontext der erwünschten Regulation gesellschaftlicher Verhältnisse benutzt (wie gesagt geht es hier letztlich um die faktische und symbolische Regulation des imaginären „Wir“). Mein Argument hier ist nun, dass die Integrationsvokabel als regulative Idee für die Gestaltung migrationsgesellschaftlicher Wirklichkeit (etwa auf der Ebene der gesundheitlichen Versorgung, der psychosozialen Arbeit oder des Bildungssystems) unangemessen ist (selbst ob „Integration“ als Analysebegriff geeignet ist, würde ich nicht mit Gewissheit sagen wollen; aber darum geht es hier nicht). Die normative Verwendung des Integrationsbegriffs ist aus einer Reihe von Gründen problematisch; ich markiere nur einige: es ist ganz unklar, was „Integration“ eigentlich heißt bzw. es sind ganz unterschiedliche Integrationsbegriffe (z. B. Integration = Anpassung der Immigrantinnen um soziale und ökonomische Kosten zu mindern vs. Integration = Modifikation der gesellschaftlichen Subsysteme um Partizipation der Immigranten zu ermöglichen) in Umlauf und damit ebenso viele Regulationsideen

vor diesem Hintergrund kann „Integration“ zur Durchsetzung disziplinarischer Maßnahmen jederzeit instrumentalisiert werden, was im Zuge der gegenwärtig dominanten Verwendungsweise von „Integration“ auch geschieht

„Integration“ ist hier eine mehr oder weniger einseitige Anpassungsleistung, die als „Migranten“ geltende Personen zu erbringen haben und zugleich ist „Integration“ ein

Sanktionssystem, da bei nicht erbrachter Integration symbolische und teilweise ökonomische Strafen drohen

„Integration“ bestätigt die Zuschreibung von Fremdheit, da die Vokabel nahezu ausschließlich benutzt wird, um über „Migrantinnen“ zu sprechen. Dadurch werden „Menschen mit Migrationshintergrund“ – selbst wenn sie in Österreich geboren und aufgewachsen sind und hier ihren Lebensmittelpunkt haben - beständig als „fremde“ Elemente, die zu integrieren seien, konstruiert und festgelegt

„Integration“ ist kein angemessener pädagogischer Bezugspunkt, da der Begriff Individuen nicht in ihrer eine eigensinnigen Geschichte und ihrer Einzigartigkeit betrachtet, sondern als „Elemente“ versteht, die einem größeren Ganzen einzuordnen, eben zu integrieren seien.

Diese Einwände gegen das regulative Prinzip der Integration verweisen letztlich kritisch auf eine Paradoxie, die den dominanten Diskurs und die vorherrschende Politik mit Bezug auf „Migration“ in Deutschland grundsätzlich kennzeichnet. Von den als Andere und Fremde geltenden Personen (von den „Ausländerinnen“ oder wie es heute politically correct heißen müsse „Menschen mit Migrationshintergrund“) wird in der deutschen Öffentlichkeit Eingliederung und Angleichung gefordert, wobei gleichzeitig - auch durch die Forderung – die vermeintliche und vermeintlich nicht bewahrenswerte Differenz beständig betont, eingebracht und bestätigt wird.

Vor diesem Hintergrund macht es mithin Sinn, über einen alternative Bezugspunkt einer regulativen Perspektive auf migrationsgesellschaftliche Realität nachzudenken.

Anstelle von „Integration“ stellt meines Erachtens der Topos der Anerkennung – gerade für pädagogische Arbeit – eine Referenz dar, die ertragreicher und angemessener sein könnte. „Anerkennung“ als Regulative Referenz heißt hierbei, dass die Gestaltung der migrationsgesellschaftlichen Wirklichkeit von der Idee getragen wird, Anerkennungserfahrungen zu maximieren und Missachtungserfahrungen zu minimieren.

Allgemein zielt Anerkennung unter Bedingungen von Differenz auf Verhältnisse, in denen einander Fremde für Bedingungen der Möglichkeit zur Selbstdarstellung der je anderen eintreten. Bei diesen Verhältnissen handelt es sich um solche, die den Status der je anderen als Subjekt ernst nehmen. Im hier bedeutsamen Subjektbegriff geht es nicht um das Herausstellen einer wesenhaften Eigenschaft von Individuen, sondern um die Frage, in welchen Weisen Individuen Möglichkeiten zukommen, ihr sozial vorstrukturiertes Vermögen wirksam werden zu lassen und sich in affirmative und transformative Welt- und Selbstverhältnisse zu begeben. Wo Individuen sich in solchen Bildungsräumen und Handlungskontexten wieder finden und aufhalten, entwickeln sie den Status als Subjekt. "Subjekt" ist ein Begriff, der ein spezifisches Verhältnis eines Individuums zu einem sozialen Zusammenhang benennt. Der relationale Ausdruck gibt Auskunft über die (wandelbare) Position, die ein Individuum in einem sozialen Kontext einnimmt und aufgrund derer ihm bestimmte Ansprüche erwachsen.

Anerkennungsansätze plädieren nun für eine Regelung pädagogischer Angelegenheiten, die die Handlungsfähigkeit Einzelner fördert und ermöglicht, indem Strukturen geschaffen und zugestanden werden, in denen Einzelne ihren basalen Handlungsdispositionen entsprechende Bedingungen der Möglichkeit zum Handeln vorfinden. Handlungsfähigkeit beschränkt sich im Rahmen eines Anerkennungsansatzes also nicht auf die schlichte Zubilligung, gleichberechtigt an öffentlichen Gütern partizipieren zu dürfen. Handlungsfähigkeit ist vielmehr an ein responsives Verhältnis zwischen Handlungssubjekt

und Handlungsraum gebunden, in dem das Handlungssubjekt in seinen spezifischen, nur im Rahmen seiner besonderen Geschichte und Biographie verstehbaren Dispositionen und Vermögen angesprochen und zur Geltung gebracht wird. Anerkennungsansätze treten für die Vermehrung solcher Zusammenhänge ein und somit dafür das Scheitern Einzelner an den beispielsweise kulturellen Vorgaben etwa der Bildungsinstitutionen als Defizit dieser Institutionen zu verstehen.

An das Bildungssystem einer Migrationsgesellschaft lassen sich vor diesem Hintergrund vier Forderungen formulieren:

Erstens, die Schule muss Heterogenität systematisch in Rechnung stellen: Wir müssen von einem bestimmten Normalbild Abstand nehmen, zum Beispiel von dem Bild, dass Kinder Deutsch als Erstsprache sprechen. Das heißt auch, dass Lehrerinnen und Lehrer sehr gut ausgebildet sein müssen. Wir brauchen Lehrer/innen, und zwar in allen Fächern, die beispielsweise grundlegende analytische und didaktische Kenntnisse in Bezug auf Spracherwerbsprozesse im Deutschen besitzen - bei Kindern, deren Erstsprache Deutsch ist und bei Kindern, deren Erstsprache nicht Deutsch ist.

Zweitens, die Schule muss am Prinzip der Gleichbehandlung aller festhalten, darf sich aber nicht darauf beschränken. Die Illusion der Chancengleichheit ist aufzudecken, da Gleichbehandlung jene bevorteilt, von der Gleichbehandlung profitieren.

Wir wissen zugleich aus Untersuchungen, dass Benachteiligung nicht nur durch Gleichbehandlung, sondern auch durch Ungleichbehandlung stattfindet. Kinder, die „mit Migrationshintergrund“ oder ethnisch etikettiert sind, haben bei gleicher Schulleistung nicht die gleichen Chancen wie Kinder, die nicht derart etikettiert sind. Wir brauchen somit drittens eine Schule mit systematischem Monitoring von Diskriminierungsverhältnissen.

Viertens brauchen nicht in erster Linie mehr – was immer dies heisst - „interkulturelle Kompetenz“. Das zwar auch, was wir aber in erster Linie benötigen ist eine Veränderung der Repräsentationsverhältnisse, etwa durch eine systematische Förderung von Menschen mit Migrationshintergrund in professionellen Bereichen. Erst wenn sich die Repräsentationsverhältnisse ändern, und es nicht selbstverständlich ist, dass Leiterinnen und Leiter österreichischer Schulen nicht „einen Migrationshintergrund“ besitzen, nähern wir uns gerechteren Verhältnissen.“

Buchtipps zum Kurztext: Mecheril, P.: Einführung in die Migrationspädagogik (2004; Beltz-Verlag)/ Mecheril, P. & Quehl, Th. (Hg.): Die Macht der Sprachen. Englische Perspektiven auf die mehrsprachige Schule (2006; Waxmann-Verlag)/ Mecheril, P u.a.: Migrationspädagogik (2010; Beltz-Verlag)

4.1 Fragen und Diskussion

Publikum: „Das eigentliche Ausmaß von Migration in Österreich ist im Vergleich zu anderen Ländern (zB.: Syrien, Sudan) gering. Ich möchte nicht wieder die Diskussion bestätigt wissen, dass Österreich da besonders betroffen ist und quasi überrollt wird. Wir dürfen die anderen Länder dabei nicht vergessen.“

Paul Mecheril: „Wir müssen tatsächlich im globalen Ausmaß sprechen. Wir müssen uns global darüber unterhalten, wie eine bestimmte Form von Regulation möglich ist? Aber die vermehrte Beschäftigung mit Westeuropa ist auch dadurch zu rechtfertigen, dass die (zB. ökologischen) Bedingungen von Migration stark von Westeuropa zu verantworten sind.“

Publikum: „Gibt es überhaupt Parallelgesellschaften? Mir ist nur Südtirol bekannt.“

Paul Mecheril: „Es besteht ein Ungleichgewicht von medialer und pädagogischer Sicht in Auseinandersetzung mit Migrationsgesellschaft - Differenzen sind noch immer nicht aufgehoben. Die Inszenierung der Gefährlichkeit der anderen, lenken ab von Defiziten der Institutionen. Bei den Institutionen liegen die Defizite, nicht bei den andern.“

Betreffend Parallelgesellschaft fällt mich noch eine ein: die zwischen denen, denen es besser geht und denen, denen es schlechter geht. Zwanzig Prozent derer, denen es besser geht, haben ein eigenes Bildungssystem, eigene Wohnquartier, eigene Urlaubsziele, etc.“

Publikum: „MigrantInnen brauchen auch Vorbilder. Es ist ein Problem, wenn bei gemeinsamen Projekten Ausländer alleine dastehen. Wo sind die Einheimischen?“

„Wo funktioniert Integration besser?“

Paul Mecheril: „Es gibt kein Königsmodell. Alle Länder produzieren Grenzen. Manche produzieren Grenzen beim Einlass über die Staatsgrenzen, andere innerhalb des Landes. Kanada führt zum Beispiel an den Außengrenzen eine restriktiver Politik, ist aber im Binnenraum von Multikulturalismus geprägt (wobei es zu beachten gilt, dass auch durch Aufwertung von Differenz, diese Differenz festgeschrieben wird und Kategorien bestätigt werden).“

In jedem nationalstaatlichen Zusammenhang wird der „Andere“ erzeugt. Wie ist jedoch von Nation zu Nation unterschiedlich.

Politische RepräsentantInnen gehören noch immer der Mehrheitsgesellschaft an. Wir haben einen Bedarf an Positivbeispielen. Repräsentationen sollen sich verändern, aber Minderheitsangehörigen sollten als Subjekte auftreten können und nicht als „gute MigrantInnen“ zur Schau gestellt werden.

Die Veränderung wird über Kämpfe, welche Gesellschaft wir wollen, ausgetragen und zentral von Menschen mit Migrationshintergrund betrieben.“

Publikum: „Was muss sich ändern? Wie kann die Bildungslandschaft fit gemacht werden? Welchen Beitrag können Bildungsträger leisten?“

Paul Mecheril: „Eine Kultur der Anerkennung von Unterschieden wäre erstrebenswert. Andere Sprachen sollten wertgeschätzt und nicht sofort unter Verdacht gestellt werden. Aber Unterschiede sollten nicht im multikulturellen Modell anerkannt werden, sondern es sollte behutsam mit der Zuschreibung von Identitäten und Kulturen umgegangen werden.“

Ich plädiere für ein „Wir“ der Differenzen (auch innerhalb einzelnen Personen) ohne Moralisierung anderen Positionen.“

Publikum: „Wir brauchen die Gruppe der „Anderen“ um zu wissen, wer „Wir“ selbst sind: Wenn wir diese „Anderen“ auflösen und uns selbst auch nicht mehr als Gruppe definieren“

können, tritt dann nicht das Gefühl der Solidarität noch mehr in den Hintergrund und Individualität immer mehr in Vordergrund?“

Paul Mecheril: Es kann passieren, dass Momente von Solidarität noch prekärer werden, wenn es die „Andern“ nicht mehr gibt. Wir haben eine Idee von Ethnizität, die geprägt ist von kulturellen Differenzen. Aber auch in der Mehrheitsgesellschaft passiert Pluralisierung - wir sind keine Gemeinschaft, wir sind Gesellschaft! Wir sind aber integriert durch einen bestimmten Umgang mit Differenz. Das Bildungsziel ist: Solidarität unter Fremden , wobei wir für einander fremd sind, je urbanisierter desto mehr.

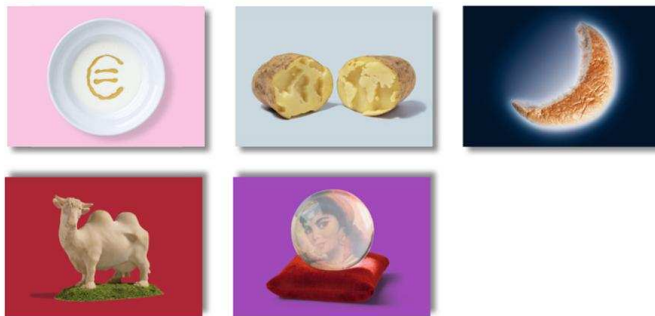
Unter geteiltem praktischen Zusammenhang findet Solidarität statt! Wir sollten die Unterschiede lassen, aber deutlich machen, dass wir aufeinander angewiesen sind. Das ist ein Schlüsselthema für Bildungsperspektiven: Solidarität in der Weltgesellschaft!“

Dauer: 11:00 – 12:00

für die Dokumentation der Diskussion: Mag.^a Kerstin Rößler (Referat für Integration)

5. Integration MIT Zugewanderten

Mag. Johann Gstir ist der Leiter des Fachbereichs für Integration der Abteilung JUFF des Amtes der Tiroler Landesregierung.



**Land Tirol
Integration**



Grundlagen Integration in Tirol



- Integrationskonzept
- Strukturen
- Maßnahmen

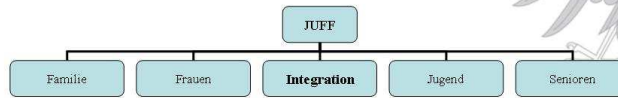
JUFF
Integration

Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

<http://www.tirol.gv.at/integration>



JUFF - Integrationsreferat



Wir sind ein Referat der Abt. JUFF des Amtes der Tiroler Landesregierung.

JUFF Integration	Vielfalt leben - Potentiale nutzen Zukunft gestalten	http://www.tirol.gv.at/integration	
---------------------	---	---	--



Integrationskonzept Tirol

Integration MIT Zugewanderten



- Integrationsverständnis
- Leitsätze

JUFF Integration	Vielfalt leben - Potentiale nutzen Zukunft gestalten	http://www.tirol.gv.at/integration	
---------------------	---	---	--



Integrationsverständnis



- **wechselseitiger, gemeinschaftlicher Prozess**
- **Vereinbarkeit von Vielfalt und Differenz (nicht Vereinheitlichung)**
- **gesellschaftliche Teilhabechancen**
- **auf das Individuum ausgerichtet**
(nicht auf ethnische Kollektive)
- **leistungs- und potentialorientiert**
(nicht auf Defizite/Probleme fokussiert)
- **befähigend, fördernd und fordernd**

JUFF Integration	Vielfalt leben - Potentiale nutzen Zukunft gestalten	http://www.tirol.gv.at/integration	
---------------------	---	---	--



Leitsätze



Vielfalt Leben

Tirol bietet den hier lebenden Menschen eine Heimat, in der sie Respekt für unterschiedliche Lebensentwürfe und Wertschätzung für soziale und kulturelle Vielfalt erfahren.

JUFF Integration	Vielfalt leben - Potentiale nutzen Zukunft gestalten	http://www.tirol.gv.at/integration	
---------------------	---	---	--



Leitsätze



Potentiale nutzen

Chancengleichheit und ein fairer Zugang zu den gesellschaftlichen Ressourcen sind die Voraussetzung für die optimale Entfaltung der menschlichen Potentiale und die Teilhabe am gesellschaftlichen und politischen Leben.

JUFF Integration	Vielfalt leben - Potentiale nutzen Zukunft gestalten	http://www.tirol.gv.at/integration	
---------------------	---	---	--



Leitsätze



Zukunft gestalten

Alle Menschen sowie alle privaten und öffentlichen Institutionen übernehmen ihre Verantwortung in diesem gemeinsamen und andauernden Prozess der Integration und bringen sich in den verschiedensten gesellschaftlichen Teilbereichen ihren Möglichkeiten entsprechend ein.

JUFF Integration	Vielfalt leben - Potentiale nutzen Zukunft gestalten	http://www.tirol.gv.at/integration	
---------------------	---	---	--



Ziele



- Offene Gesellschaft mit Chancengleichheit für alle
- Wahrnehmung von Vielfalt in unserer Gesellschaft als Normalität und entsprechender Zugang zum Thema Integration MIT Zugewanderten
- Veränderung im gesellschaftlichen Bewusstsein zum Thema Zuwanderer und Integration
Bei der einheimischen Bevölkerung und bei Zuwanderern Bewusstsein schaffen für die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der Integration

JUFF
Integration

Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

<http://www.tirol.gv.at/integration>



Ziele



- Bewusstsein für die Chancen von Vielfalt, ohne die Herausforderungen und Probleme zu ignorieren
- Soziale, rechtliche und emotionale Barrieren gegen die Integration wahrnehmen und an ihrer Beseitigung (mit)arbeiten
- die vielfältigen Projekte und Initiativen zur Integration in Tirol koordinieren und fördern.
- Integration als Zukunftsthema verankern
- Vorteile für alle durch zukunftsgerichtete, aktive Integrationspolitik

JUFF
Integration

Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

<http://www.tirol.gv.at/integration>



Maßnahmenempfehlungen



43 Maßnahmen

- Grundlage für die Umsetzungsphase
- keine starre „Eins zu Eins“ Umsetzung
Maßnahmen müssen laufend an neue Entwicklungen adaptiert werden
- Leitbild und Maßnahmenkatalog als **gesamtgesellschaftlicher Auftrag**
nicht nur Integrationsreferat des Landes Tirol

JUFF
Integration

Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

<http://www.tirol.gv.at/integration>



Integration - Maßnahmen

- Deutschkurs- und Alphabetisierungsförderung
- Kindersprachförderung am Nachmittag, Lernhilfe
- Sprachliche Frühförderung im vorschulischen Bereich
- Sensibilisierung der Verwaltung - Fortbildung
- Partnerschafts-, Begegnungsprojekte
- Integrationskalender
- Tirol für AnfängerInnen
- Monitoringzentrum Migration - Integration

JUFF
Integration

Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

<http://www.tirol.gv.at/integration>



Integration - Maßnahmen

- Integration jugendlicher MigrantInnen in den Arbeitsmarkt (Studie,...)
- Diversitätssensible Aus- und Weiterbildung im Sozial- und Gesundheitsbereich
- Vernetzung der kommunalen Integrationsbeauftragten
- Erhebung der Integrationsaktivitäten in den Tiroler Gemeinden
- Landtagsenquete zum Thema Integration

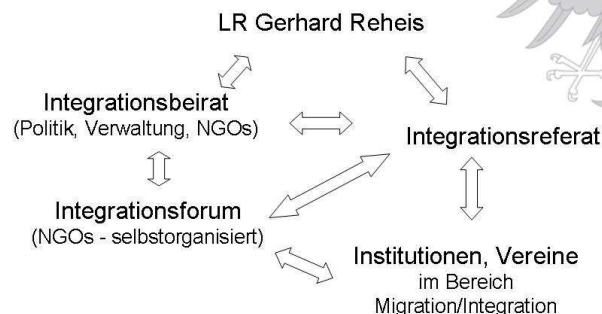
JUFF
Integration

Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

<http://www.tirol.gv.at/integration>



Struktur der Integrationsarbeit in Tirol



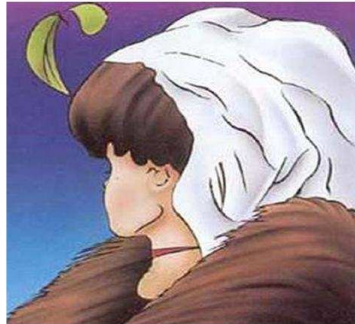
JUFF
Integration

Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

<http://www.tirol.gv.at/integration>



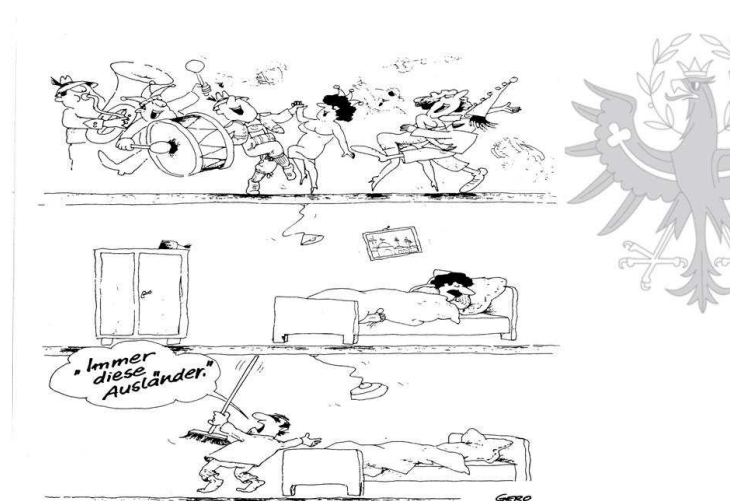
Integration als Risiko oder Chance



JUFF
Integration

Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

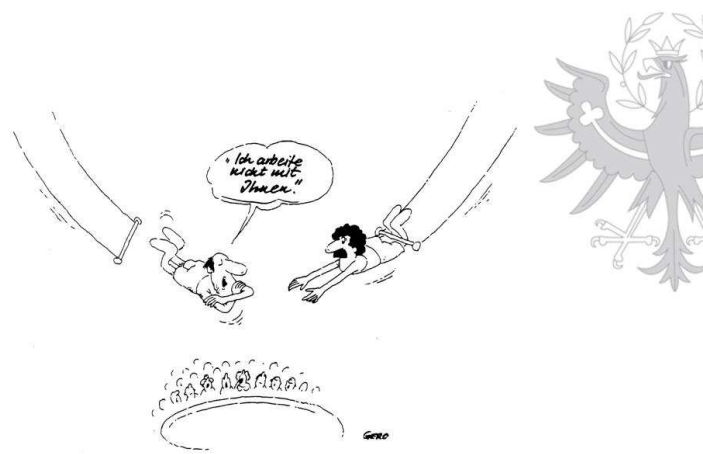
<http://www.tirol.gv.at/integration>



JUFF
Integration

Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

<http://www.tirol.gv.at/integration>



JUFF
Integration

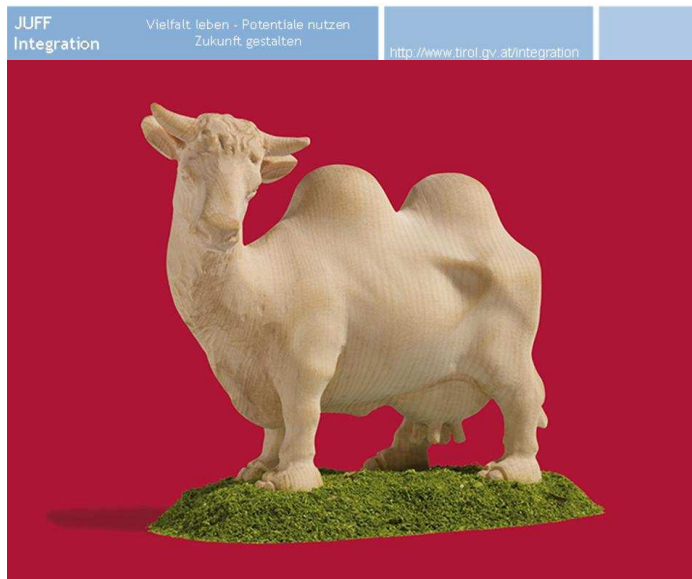
Vielfalt leben - Potentiale nutzen
Zukunft gestalten

<http://www.tirol.gv.at/integration>



„Fremd ist der Fremde nur
in der Fremde.“

Karl Valentin



6. Vorstellung der Initiativen

6.1 Ankyra - Zentrum für interkulturelle Psychotherapie



Vorgestellt durch: Mag.^a Verena Schlichtmeyer

Das Zentrum für interkulturelle Psychotherapie „Ankyra“ bietet Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund mit einem Team von PsychotherapeutInnen und speziell geschulten DolmetscherInnen in Tirol seit 2004 Psychotherapie im Einzel- und Gruppensetting, medizinische und psychiatrische Beratung.



Ankyra leistet Integrationsarbeit durch

- die Ermöglichung des Zugangs zu Psychotherapie für Menschen mit Migrations- und Fluchthintergrund,
- Sensibilisierungs- und Fortbildungsarbeit zur Verbesserung der Versorgung von MigrantInnen und Flüchtlingen in Krankenhäusern, der Klinik und psychosozialen Einrichtungen sowie im niedergelassenen Bereich,
- Vernetzungsarbeit, u.a. im Rahmen der PsychTransKultAG Tirol und dem Integrationsforum,
- Öffentlichkeitsarbeit und die Schaffung von Auseinandersetzungs- und Begegnungsräumen.

Integration bedeutet für uns, dass wir uns im Spannungsfeld von Gleichheit und Diversität für gleiche Zugangs- und Partizipationsbedingungen für Alle aussprechen und dass wir zugleich Diversität und Heterogenität anerkennen und sie als Entwicklungspotentiale und Stärken wahrnehmen.

Gleiche Chancen auf Gesundheit heißt

- sich für den gleichen Zugang zur Gesundheitsversorgung und den Abbau von Barrieren einzusetzen und
- die Lebensbedingungen, die rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen für MigrantInnen und Flüchtlinge in Österreich sowie ihre Möglichkeiten der Teilhabe und Mitbestimmung zu verbessern.

Wilhelm-Greil-Str. 1, 6020 Innsbruck, Tel.: 0512/564129, Fax: DW29
Email: ankyra @diakonie.at, Homepage: <http://diakonie.at/fluechtlingsdienst>

6.2 PsychTransKultAG Tirol

Vorgestellt durch: Mag.^a Verena Schlichtmeyer

Die PsychTransKultAG Tirol hat das Ziel, die psychiatrische, psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung von Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund in Tirol zu verbessern. Um die Zielsetzung zu erreichen

- trifft sich die PsychTransKultAG Tirol alle 2 Monate zum fachlichen Austausch und zu gegenseitiger Fortbildung
- entwickelt Maßnahmen zum Abbau von Barrieren im Zugang zur psychischen Gesundheitsversorgung für Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund
- veranstaltet einmal jährlich eine Fachtagung

Die PsychTransKultAG Tirol ist eine offene Vernetzungsplattform, die derzeit von MitarbeiterInnen folgender Institutionen und Einrichtungen getragen wird (Auswahl):

- Ankyra - Zentrum für interkulturelle Psychotherapie (Diakonie Flüchtlingsdienst)
- BKH Kufstein
- Caritas Beratungs- und Interventionsstelle für Flüchtlinge
- Innovia (Projekt Trapez)
- Integrationsreferat des Landes Tirol
- Kinder- und Jugendheilkunde (Universitätsklinik Innsbruck)
- PKH Hall
- PSP Tirol
- Psychiatrie Innsbruck
- Universitätsklinik für Medizinische Psychologie und Psychotherapie
- Verein Start
- VertretungsNetz PatientInnenanwaltschaft Hall

Für MigrantInnen und Flüchtlinge besteht auf Grund von sprachlichen, lebensweltlichen und rechtlichen Barrieren ein eingeschränkter Zugang zur psychischen Gesundheitsversorgung. Integration in der psychischen Gesundheitsversorgung bedeutet, dass alle psychosozialen Dienste, Krankenhäuser und Kliniken am Abbau dieser Barrieren im Sinne eines Zugangs Aller zu psychotherapeutischer, psychiatrischer und psychosozialer Versorgung arbeiten. Dazu müssen sowohl die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen als auch die notwendigen Rahmenbedingungen und strukturellen Voraussetzungen geschaffen werden (u.a. Dolmetschdienste zum Abbau von Sprachbarrieren, Einstellung von Professionellen mit Migrationshintergrund, Sensibilisierung und Fortbildung).

6.3 Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF)

Vorgestellt durch: Mag. Nikolaus Meze

Ziel des ÖIF ist die sprachliche, berufliche und gesellschaftliche Integration von Asylberechtigten, subsidiär Schutzberechtigten und Migrant/innen auf Basis ihrer Pflichten und Rechte in Österreich. Wir setzen uns für eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema Integration ein und sind an unseren Standorten in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich, Tirol und der Steiermark Ansprechpartner für die österreichische Mehrheitsgesellschaft.



Das Integrationszentrum (IZ) Tirol des ÖIF

Das Integrationszentrum Tirol ist das Informations- und Beratungszentrum für die Betreuung

von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten in Tirol. Sie erhalten hier bis zu drei Jahre nach der Anerkennung als Flüchtling umfassende Beratung und Betreuung in allen integrationsrelevanten Fragen. Unsere Mitarbeiter/innen sind zudem Ansprechpartner/innen für die österreichische Gesellschaft zum Thema Integration.

Das IZ Tirol betreut derzeit rund 550 Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte aus 27 Herkunftsländern.

Unsere Angebote:

Die Integrationsbetreuung umfasst eine umfangreiche Beratung zu

- alltagsrelevanten Fragen: Gesundheit, Familie, Finanzielles
- Bildung: Vermittlung von Deutschkursen und -prüfungen
- Wohnen: Unterstützung bei der Wohnungssuche
- Arbeitsmarkt: Koordination von Arbeitsintegrationsprojekten

Der ÖIF feiert 2010 sein 50-jähriges Bestehen. Das IZ Tirol ist seit Frühling 2008 im Einsatz. Mehr über uns erfahren Sie auf unserer Website www.integrationsfonds.at.

KONTAKT

Österreichischer Integrationsfonds
Integrationszentrum Tirol
Maria-Theresien-Strasse 49A, 6020 Innsbruck
Tel.: 0512 / 56 17 71 - 0
tirol@integrationsfonds.at
www.integrationsfonds.at/tirol
www.integrationsfonds.at
Integration fördern. Chancen sichern

6.4 Frauen aus allen Ländern

Vorgestellt durch: DSAⁱⁿ Sylvia Ortner

„Frauen aus allen Ländern“ ist eine **Kultur-, Bildungs- und Beratungsinitiative für Frauen und Mädchen unterschiedlicher Herkunft**. 2001 wurde der Verein „Frauen aus allen Ländern“

von Frauen mit Migrationshintergrund sowie

Herkunftsösterreicherinnen gegründet. Unser Ziel

ist, **Integration durch zielgruppenspezifische Beratungs-, Bildungs- und Kulturangebote**

zu erleichtern sowie einen **geschützten Begegnungsraum für Frauen** zu schaffen. Die Frauen,

vorwiegend Migrantinnen und Frauen mit Fluchterfahrung, sollen darin bestärkt werden, selbstbestimmt und selbstbewusst ihren Handlungsradius zu erweitern sowie die eigenen Stärken

zu erkennen und einzusetzen. Hierfür ist eine **Vernetzung und Kombination der Angebote in den Bereichen Bildung und Beratung** eine unumgängliche Voraussetzung:

- **Psychosoziale, frauenspezifische Beratung**

- die Beratungsthemen umfassen die Bereiche Arbeit, Schule und Ausbildungsmöglichkeiten, Wohnung, Niederlassung und Aufenthalt, Existenzsicherung, Familie, Beziehungs-, Ehe- und Partnerschaftskonflikte, Kinderbetreuung und -erziehung, Gesundheit, Gewalt, Integration, Diskriminierung und Rassismus etc.
- Beratungsformen: Einzelberatung; Beratungs- und Lerncafé, Gruppenberatung

- **Bildungsangebote:**

- Deutschkurse auf unterschiedlichen Niveaus mit kostenloser, professioneller Kinderbetreuung
- Informationsveranstaltungen zu alltagsrelevanten Themen
- Alphabetisierungskurse
- Freie Lernnachmittage (Lernhilfe, Konversation, Internet)
- Beratungs- und Lerncafé

- **Kultur und Sport:**

- Frauenschwimmkurs und Fitnessstraining mit Kinderbetreuung
- Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse (WenDo)
- Exkursionen zu verschiedenen Einrichtungen
- regelmäßiger gemeinsamer Besuch von Kulturveranstaltungen
- Feste



Kultur-, Bildungs- und Beratungsinitiative

Schöpfstraße 4

6020 Innsbruck

Tel.: 0512 / 56 47 78

info@frauenausallenlaendern.org

www.frauenausallenlaendern.org

ZVR-Zahl 930 56 42 33

6.5 Die Initiative Minderheiten

vorgestellt durch: Yeliz Dagdevir



Die Initiative Minderheiten tritt ein für eine minderheitengerechte Gesellschaft. Eine Minderheit sind Menschen, die aufgrund ihrer ethnischen, sozialen oder religiösen Zugehörigkeit oder sexueller Orientierung Diskriminierung erfahren. Dazu gehören in Österreich die gesetzlich anerkannten Volksgruppen ebenso wie die MigrantInnen und Flüchtlinge, Lesben und Schwule, Menschen mit Behinderung. Die Grundlage für diese Definition ist nicht die geringere Zahl der Gruppenmitglieder, sondern ihre geringere Macht gegenüber einer hegemonialen Mehrheit. Diskriminierung ist politisch als Ausschluss von bestimmten Rechten zu sehen, sozial als die Erfahrung von Vorurteilen und Ausgrenzungen. Diese Betonung der gemeinsamen Anliegen blendet die Unterschiede, die verschiedenen Anliegen, Probleme und Bedürfnisse der einzelnen Gruppen nicht aus. Eine Gesellschaft ist dann minderheitengerecht, wenn sie die verschiedenen Lebensentwürfe gleichmäßig und gerecht ermöglicht und fördert.

Veranstaltungen und Projekte – schwerpunktmäßig mit kulturellem Charakter, aber auch mit anderen Inhalten – werden integrativ umgesetzt und Möglichkeiten des Austausches von „Mehrheiten und Minderheiten“ geschaffen.

Die Bekämpfung der strukturellen Diskriminierung ist ein wesentliches Anliegen, das mit Hilfe von politischem Lobbying erreicht werden kann. Mitarbeit in politischen Gremien und NGO-Netzwerken, Stellungnahmen zu minderheitenpolitischen Fragen, Pressearbeit, Ausarbeitung von Konzepten sind einige Instrumente. Die Initiative Minderheiten kooperiert eng mit Vereinen, Organisationen und Einzelpersonen aus dem Minderheitenbereich und orientiert sich an deren Bedürfnissen.

Kontakt:
Initiative Minderheiten
im.tirol@minorities.at
Klostergasse 6
6020 Innsbruck

6.6 Christlich-Muslimische Dialoggruppe

vorgestellt durch: Yeliz Dagdevir

Integration bedeutet Heimatfindung. Die Anerkennung des Islams in Österreich ist eine notwendige und stärkende Grundlage für MuslimInnen, hier ein Heimatgefühl zu entwickeln. Probleme in der Integration dürfen nicht voreilig mit der Religion oder der Kultur in Zusammenhang gebracht werden. Der transkulturelle und transreligiöse Dialog kann die Probleme der Integration nicht lösen, aber zum Bewusstsein als gleichwertige und gleichberechtigte BürgerInnen beitragen.

Dialog bedeutet den Anderen in seinem Selbstverständnis annehmen, wertschätzen und achten. Die Dialoggruppe ist vielseitig aktiv. Beim Schulprojekt gestalten je ein christliches und muslimisches Mitglied eine Doppelstunde in einer Oberstufenklasse. Das Ziel der Dialogreisen besteht darin, das Zusammenleben von ChristInnen und MuslimInnen in anderen Ländern zu erleben. Die Dialoggruppe unternahm Reisen nach Istanbul zur österreichischen St. Georgsgemeinde, nach London, Paris und Kairo. Im Rahmen von Moschee-, Kirchen- und Klosterführungen erleben Interessierte im konkreten Austausch und Teilnahme an religiösen Feiern das Teilen von Gemeinsamkeiten. In Schulungen von diversen Berufsgruppen wie dem Gesundheitspersonal, LehrerInnen, KindergärtnerInnen und der Exekutive geben wir Hilfestellungen im Umgang mit MuslimInnen. Die Dialoggruppe hat zuletzt einen Stadtplan von Innsbruck erarbeitet, der alle religiösen Gemeinden und transreligiösen Initiativen sichtbar macht. Zwischen den Gemeinden in den Stadtteilen sollen Brücken der Freundschaft gebaut und das Miteinander gefördert werden.

Kontakt:

Christlich Muslimische Dialoggruppe
dialoggruppe-oeh@uibk.ac.at
Klostergasse 6
6020 Innsbruck

6.7 ZeMIT Zentrum für MigrantInnen in Tirol

vorgestellt durch: Dr.Gerhard Hetfleisch

Das Zentrum für MigrantInnen in Tirol (ZeMiT) wurde 1985 als gemeinnütziger Verein gegründet, um ArbeitsmigrantInnen erstmals unabhängige und mehrsprachige Beratung und Betreuung zu bieten.



Aufgaben

- Hilfestellung, Beratung und Information in Angelegenheiten des Ausländerbeschäftigungsgesetzes (AuslBG) und in Angelegenheiten des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (ALVG)
- Hilfestellung und Beratung (Einzel- und Teambberatung) zur Erlangung und Erhaltung eines Arbeits- oder Ausbildungsplatzes (Hilfestellung bei der Abfassung von Bewerbungsschreiben, Üben von Vorstellungsgesprächen, Kontakte zu Arbeitgebern und zum AMS).
- Durchführung von individuellen Beratungen über sozial- und arbeitsrechtliche Fragen (Kündigung, Abfertigung, Arbeitnehmerrechte) in Zusammenarbeit mit den Arbeitnehmerinteressenvertretungen.
- Hilfestellung, Beratung und Information in Fragen des Aufenthaltsgesetzes in Zusammenhang mit dem AuslBG.
- Durchführung von Einzel- und Gruppengesprächen für Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte AusländerInnen, mit dem Ziel, deren soziale und psychische Isolation zu verhüten, sowie ihnen bei der Erhaltung und Erlangung eines Arbeitsplatzes beratend zu helfen.
- Hilfestellung in familienrechtlichen Belangen, sofern sie zur Erlangung und Erhaltung eines Arbeitsplatzes beitragen (Kinderbetreuung, Unterhalt).
- Hilfestellung, Beratung und Information in Flüchtlingsangelegenheiten in Zusammenhang mit dem AuslBG.
- Schriftliche Übersetzungen und telefonische Dolmetschtätigkeiten. Schriftliche Übersetzungen, vorwiegend ausländischer Personaldokumente, Schul- und Dienstzeugnisse, Bestätigungen von Dienstgebern oder Versicherungsanstalten aus den jeweiligen Herkunftsländern für das AMS, sowie Begleithilfen. Herausgabe von schriftlichem Informationsmaterial über die Dienste der Beratungsstelle, sowie des Arbeitsmarktservice in der jeweiligen Muttersprache.
- Ausarbeitung von Vorschlägen für das AMS zur Durchführung von arbeitsmarktpolitischen Schulungs- und sonstigen Förderungsmaßnahmen für ausländische ArbeitnehmerInnen und deren Familienangehörige.

Kontakt: ZeMit
Blasius-Hueber-Str. 6
6020 Innsbruck
office@zemit.at Tel: +43 0512 /577170

6.8 Initiative zur gelebten Integration

Vorgestellt durch: Walter Anyanwu



Wer wir sind:

Unser Verein wurde vor 3 Jahren gegründet mit dem Ziel, Fragen und Erfahrungen der Integration, des friedlichen Miteinanders und der Verständigung zwischen Einheimischen und MigrantInnen durch soziokulturellen Dialog und Austausch zu erleben.

Was wir machen:

Über Integration zu reden bedeutet aus unserer Sicht, über die Dialektik des Woher Kommens, Wohin Gehens und Wo Bleibens zu reden und das wiederum setzt die Frage nach dem Mitgebrachten, Mitzunehmenden und des Miteinanders voraus. Daher versuchen wir Räume zu schaffen wo Migrantinnen und Einheimische zusammenwirken um einander anders und besser kennen lernen zu können. Wir machen unter anderem Projekte die unseren Kindern ein Fenster in ein gelungenes Miteinander öffnet, wir machen Projekte mit Schulen und Bildungseinrichtungen, wir gestalten den jährlich stattfindenden Afrika-Tag für den wir 2008 mit dem Preis der Kulturen der Stadt Innsbruck ausgezeichnet wurden.

Unsere Überzeugung:

Menschen, die kommen um hier zu leben können gutes Deutsch sprechen so viel sie wollen, so gesund sein wie die Gesundheit selbst, so viel verdienen und so viele Kinder haben wie sie wollen. Wenn es aber an Werten wie Solidarität, Gemeinschaft, Würde und Verantwortung in der Gesamtgesellschaft mangelt, wäre das vorhin genannte umsonst. Daher versuchen wir Integration als **gelebte Praxis** zu gestalten.

Was es braucht:

Integration ist keine Einbahnstraße. Integration ist Schaffung von Rahmenbedingungen. Eine in der Gegenwart verankerte Herausforderung wie **„die Realität des Alltagslebens von Migrantinnen und Migrantinnen in Tirol“** fordert einerseits Menschen mit Migrationshintergrund auf sich bewusst zu werden, dass Migration eine Möglichkeit des Neubeginns sein kann und fordert andererseits Einheimischen auf, die Freiheit des Anderen in die eigene Freiheit zu integrieren.

Die Meinung Integration sei eine Bringschuld soll um die Frage **„von wem“** erweitert werden. Und keine Antwort ist passender als: von uns allen.

Kontakt:

Walter.Anyanwu@igitrol.at

6.9 Integrationszentrum (IGZ) Wörgl

Vorgestellt durch: Kayahan Kaya



In Kooperation mit dem Land Tirol sowie mit den Umlandgemeinden wurde im Sommer 2007 mit dem Integrationszentrum (IGZ) in Wörgl ein überparteilicher Verein gegründet der unter Einbindung möglichst vieler Betroffener und Interessierter konkrete Integrationsmaßnahmen koordiniert und umsetzt.

Das IGZ - Wörgl ist die Anlauf- und Koordinationsstelle für Integration und Migration in Wörgl und Umgebung. Neben der Organisation von Bildungsprogrammen (Schwerpunkt: Deutschkurse, Erwachsenenbildung) und Beratungen zu unterschiedlichen Themen setzt das IGZ vor allem Schwerpunkte zur Verbesserung der Information und Kommunikation zum Thema Integration. So engagiert sich der Verein für den interkulturellen und interreligiösen Dialog ebenso wie für eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den (Migranten)Vereinen. Das IGZ leistet Vermittlungsdienste in Konfliktsituationen zwischen der einheimischen Bevölkerung und Migranten/Innen und unterstützt die lokalen Bildungseinrichtungen (insb. Pflichtschulen) in der Kommunikation mit den Eltern. In Abstimmung und in enger Kooperation mit dem Stadt Wörgl und umliegenden Gemeinden, koordiniert das IGZ zudem die von anderen Institutionen und Einrichtungen angebotenen Programme, Dienstleistungen und ehrenamtliche Initiativen. Entsprechend dem Vereinsmotto, "Miteinander in Wörgl und Umgebung", unterstützt das IGZ alle, die in Wörgl und Umgebung etwas im Bereich Integration bewegen und umsetzen wollen.

Integration bedeutet Aufeinander zugehen – in menschlicher Wertschätzung, vertrauensvolles und rücksichtsvolles Miteinander. Dabei sind beide Seiten gefordert: die aufnehmende Gesellschaft mit der gebotenen Gastfreundschaft und die zugewanderten Personen mit Respekt der neuen Kultur und den Menschen gegenüber und dem aktiven Willen zur Integration.

Das Allerwichtigste dabei ist das Erlernen der deutschen Sprache. Nur wer diese beherrscht, kann sich verständlich machen und Missverständnisse gleich vom Anfang an ausräumen. Nur wer diese beherrscht, hat die Chance, im Bildungssystem ganz nach oben zu kommen und einen entsprechenden Platz in der Gesellschaft einzunehmen.

Dabei verlangt niemand, dass man die eigene Kultur, Religion und Geschichte aufgibt. Im Gegenteil! Ein Mehr an Kultur, die Vielfalt verschiedener Lebenskonzepte ist eine Bereicherung für jede Gesellschaft und bietet auch ein Mehr an Lösungsmöglichkeiten für die komplexen Problemstellungen unserer Zeit.

Kontakt: integration@woergl.at

Peter-Anich-Straße 17
6300 Wörgl

6.10 Verein Multikulturell

Vorgestellt durch: Kristina Brescanovic

Der Verein Multikulturell ist eine gemeinnützige Organisation mit interkultureller Ausrichtung und besteht seit 1993. Hauptziel ist die Förderung des interkulturellen Dialoges.



Die Schwerpunkte unserer Einrichtung liegen im Bildungs- und Beratungs-bereich für MigrantInnen jeglicher Herkunft. Im Rahmen unserer Bildungs- und Berufsberatung begleiten wir in Form von Intensivberatungen jugendliche MigrantInnen und deren Eltern auf der Suche nach schulischen und außerschulischen Bildungswegen. Dabei berücksichtigen wir kultur- und geschlechtsspezifische Aspekte und legen besonderen Wert auf individuelle Fähigkeiten, Interessen, Stärken und Schwächen der Personen.

Bei Elternabenden und Informationsveranstaltungen über das österreichische Bildungs- und Berufssystem informieren wir im Speziellen Eltern in ihrer eigenen Muttersprache über geeignete Schullaufbahnen ihrer Kinder, angefangen vom Kindergarten bis hin zu Universitäts- und Hochschulstudien.

Berufsinformationsmessen für Eltern und Jugendliche sollen an die Informationssysteme anbinden. An Infoständen werden weiterführende Schulen und verschiedene Berufe vorzugsweise durch erfolgreiche Personen aus dem eigenen Kulturkreis vorgestellt, sowie Bewerbungs-trainings und Rollenspiele angeboten. So können sich die BesucherInnen in ihrer Muttersprache detaillierte Berufsbeschreibungen einschließlich der erforderlichen Ausbildungswege einholen und sich dazu beraten lassen.

Alljährlich im April bieten wir im Speziellen Mädchen (aus Migranten-familien) der siebten bis neunten Schulstufe die Möglichkeit, am Migrant Girls' Day sich über ihren Traumberuf zu informieren. Einen Tag lang können sie sich in verschiedenen Betrieben über Vor- und Nachteile erkundigen und weitere Möglichkeiten in Betracht ziehen.

Zusätzlich zur Bildungs- und Berufsberatung schaffen wir im Rahmen von internationalen EU-Projekten für jugendliche MigrantInnen die Möglichkeit, sich durch nicht-formales Lernen weiterzubilden.

KONTAKT
Ovagem AGAIDYAN
Verein Multikulturell
6020 Innsbruck, Mentlgasse 7
(ab 1. Jänner 2010 – Bruneckerstraße 2d)
Telefon: 0512 – 562929
office@migration.cc

6.11 Land Tirol – Abteilung Bildung

vorgestellt durch: Mag.^a Birgit Eder



Im Bildungsbereich werden vor allem im Bereich der Fortbildung von KindergartenpädagogInnen Akzente in der interkulturellen Bildung gesetzt. Von Seiten der Bildungsabteilung des Landes Tirol gibt es seit September 2006 die Initiative der „**mobilen SprachförderpädagogInnen**“. Diese besuchen die Kindergärten, um den Kindern während des gesamten Kindergartenjahres, falls notwendig, eine zusätzliche Sprachförderung anbieten zu können.

Im Bildungsbereich – sei es Sprachförderung für Kinder und Erwachsene, sei es Elternbildung – werden von verschiedenen Trägern vielfältige Initiativen durchgeführt. Eine Auswahl dieser Initiativen kann dem (beigelegten) Bericht zu den Integrationsmaßnahmen des Juff- Referats für Integration entnommen werden.

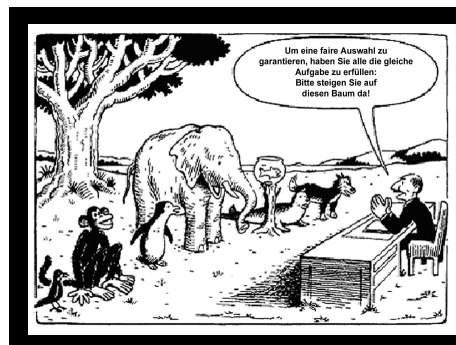
6.12 Land Tirol – Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsbeauftragte

vorgestellt durch: Mag.^a Isolde Kafka, Mag.^a Anna C. Strobl



Eine Person darf aus folgenden Gründen nicht diskriminiert werden:

- Geschlecht
- ethnische Zugehörigkeit
- Religion
- Weltanschauung
- Alter
- sexuelle Orientierung
- Behinderung



Information und Kontakt:

www.tirol.gv.at/antidiskriminierung

6.13 Caritas Integrationshaus

Im Osten Innsbrucks, am Ende der Gumpstraße steht das Caritas Integrationshaus. Dort trifft sich u.a. die Welt.

Integration bedeutet den Versuch eines gelingenden Zusammenlebens von Leuten, die schon lange hier leben und von Leuten, die gerade angekommen sind. Integration ist kein Problem, sondern ein interessanter, bereichernder Prozess. Gelingen, wenn Diversität (Vielfalt) und Inklusion (Miteinbeziehung) aller zur Selbstverständlichkeit wird.

Ca 50-60 Leute wohnen im Haus. Die BewohnerInnen sind MigrantInnen, AsylwerberInnen, Einheimische. Sie leben da: sie sind alt, jung, gesund, krank, mit und ohne Arbeitsgenehmigung, mit oder ohne Familie, mittellos oder normal berufstätig.

Ca 500 Leute aus Innsbruck frequentieren wöchentlich das Haus: Kinder der Kinderkrippe, SchülerInnen der Lernhilfe, Mitglieder verschiedenster Migrations- und Integrationsinitiativen, verschiedenste Religionsgemeinschaften, Musik und Tanzgruppen. Sie treffen sich in einem der Multifunktionsräume. Verschiedenste Religionsgemeinschaften treffen sich zu Besprechungen und zu Gebeten: im muslimischen Gebetsraum, beim kleinen Hindutempel, bei Che Guevara oder in der Kapelle.

50 bis 120 Leute von auswärts kommen zum abendlichen Dinnerclub. Mittwoch und Freitag gibt es gutes Essen, aus internationaler Küche. Es kommen Hausbewohner, Nachbarn, Schüler, Studenten, Sympathisanten und Skeptiker, Leute aus der ganzen Welt. Viele Besucher interessieren sich für die ambulante Universität (Hausführung mit Stationen).

Der Saal ist meist ausgebucht: Lernhilfe, Ausstellungen, Tanzproben, Vereinssitzungen, Geburtstage, Hochzeiten. Totenfeiern, viele religiöse Feste....es wird auch viel getanzt. Denn dort wo viel geweint wird, muss umso mehr getanzt werden. Viele Leute sind an der Integration interessiert, Einheimische und Zuwanderer. Manchmal feiern wir die Integration.

Jussuf Windischer 18.11.2009

Kontakt: integrationshaus.caritas@dioezese-innsbruck.at
+43 512 /361115
Gumpstraße 71
6020 Innsbruck

6.14 Haus der Begegnung

Fachreferat „Interreligiöser und Interkultureller Dialog“

Das Haus der Begegnung in Innsbruck bietet regelmäßig Informations- und Bildungsveranstaltungen und Begegnungsräume für interreligiösen und interkulturellen Dialog an. Unsere Bildungsarbeit in diesem Bereich verstehen wir als wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Gestaltungsprinzip dieser Arbeit ist der Dialog nicht nur als Kommunikationsform, sondern vor allem als Grundhaltung gegenüber Anderen.

Im Vordergrund steht die Begegnung

- zwischen ChristInnen und Angehörigen anderer Religionen
- zwischen Menschen mit verschiedenen kulturellen Hintergründen
- zwischen in Tirol lebenden MigrantInnen und Einheimischen

in einer Zeit, die durch Globalisierung von Wirtschaft, Wissen, Politik und Kultur gekennzeichnet ist wie auch durch Fragmentierung, Entsolidarisierung und ein Aufleben von Ängsten und Barrieren gegenüber dem „Anderssein“.

Verschiedenheit und Vielfalt sind keine Bedrohung, sondern eine Bereicherung.

Durch Zuwanderungs- und Integrationsprozesse wird unsere Gesellschaft immer vielfältiger und potenzialreicher. Das spannungsreiche Miteinander von Menschen mit verschiedenen religiösen und kulturellen Hintergründen wird wahrgenommen.

Das gemeinsame Engagement für Frieden, Toleranz und Gerechtigkeit ist die Frucht eines wahren Dialogs der Kulturen und der Religionen, der zentrale Aufgabe der Kirchen ist. Ihnen kommt im multikulturellen und multireligiösen Europa eine Brückenfunktion zu.

Begegnung und Dialog soll auf Augenhöhe ermöglicht werden.

Denn Integration als ein lange andauernder, dynamischer und sehr differenzierter Prozess des Zusammenwachsens besteht in der Annäherung, gegenseitiger Auseinandersetzung, Kommunikation, Finden von Gemeinsamkeiten, Feststellen von Unterschieden und der Übernahme gemeinschaftlicher Verantwortung zwischen Zugewanderten und der Mehrheitsbevölkerung. Durch unsere Bildungsveranstaltungen wollen wir diese Prozesse begleiten, Interessierte und Engagierte sensibilisieren und weiterbilden.

Kontakt

Mag.^a Elisabeth Reiter
Haus der Begegnung
Rennweg 12 A-6020 Innsbruck
Tel.: 0512-587869-19
Fax: 0512-587869-11
e-mail: elisabeth.reiter@dibk.at

www.hausderbegegnung.com

6.15 Österreichisches Rotes Kreuz

Substrategie Migration – Landesverband Tirol



Aus Liebe zum Menschen.

1.1 Beratung hilfsbedürftiger Migranten

- Familienzusammenführung

Erhalt und Ausbau der Aktivitäten im Bereich der Familienzusammenführung von Asylberechtigten und subsidiär Schutzberechtigten

1.2 Schutz, Verbesserung und Wiederherstellung der Gesundheit hilfsbedürftiger Migranten

- Medizinische Betreuung von Nicht-Versicherten

Errichtung einer ambulanten Anlaufstelle zur kostenlosen medizinischen Betreuung von nicht versicherten Personen in Tirol. Bereitstellung von kostenlosen Medikamenten für jene Personen, die zuvor von einem Arzt untersucht wurden.

- Kultursensible Pflege und Betreuung

Vermittlung Transkultureller Kompetenz für Mitarbeiter/- innen

1.3 Unterbringung hilfsbedürftiger Migranten

- Unterbringung in Grundversorgung in Kombination mit Integrationsbetreuung

Die in den Betreuungsplätzen untergebrachten Migranten, sollen durch die vom ÖRK angebotene sozialpädagogische Betreuung in ihren Fähigkeiten gestärkt werden und, durch Maßnahmen zur Qualifizierung in sprachlicher und beruflicher Hinsicht, in Ihrer Autonomie und Selbsterhaltungsfähigkeit gefördert werden.

1.4 Maßnahmen zur Integration hilfsbedürftiger Migranten in die österreichische Gesellschaft

- Begleitung der Integration von Migranten durch RK-Mitarbeitern oder Freiwillige Integrationsbegleitung durch ehrenamtliche Mitarbeiter/ innen im Sinne eines „Buddy-Systems“

- Kinderbetreuungsangebote (Integrations-Kindertageszentrum)

Erhalter (Trägerschaft) eines Kindertageszentrums mit Fokus auf Integration

- Kinderbetreuungsangebote (Lernhilfe)

Lernhilfe für Kinder mit Migrationshintergrund

- „Sozialboutiquen“ - Second Hand Shops

Unterstützung sozial schwacher Menschen (u.a. Migranten) durch Bereitstellung günstiger Kleidungsstücke, Schultaschen bzw. Gegenstände des täglichen Gebrauchs.

- „Aktion Lebensmittel“

Unterstützung sozial schwacher Menschen (u.a. Migranten) durch Bereitstellung kostenloser Lebensmittel

1.5 Suchdienst

- Restoring Family Links

Die Wiederanknüpfung von Familienbanden nach den Grundsätzen der Rotkreuz-/Rothalbmond-Bewegung auch für Migranten bestmöglich zu realisieren

6.16 Phönix in Tirol

Das PHÖNIX-Institut wurde in Tirol im Jahr 2004 von Akademikern und Studenten gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, ihren Integrationsbeitrag für SchülerInnen, Jugendliche und Erwachsene zu leisten. Die anhaltende erfolgreiche Entwicklung unseres Vereins lässt sich an vielen erfolgreichen Aktivitäten im erzieherischen und kulturellen Bereich ablesen. Vor allem im Bildungsbereich bieten wir für SchülerInnen zusätzlich zum regulären Unterricht besondere Unterstützung in Form von Nachhilfe, Hausaufgabenbetreuung und/oder Semesterbegleitende Lernhilfe an.

PHÖNIX in Tirol hat seinen Hauptsitz in Innsbruck mit einer Niederlassung in Wörgl.

Als gemeinnütziger Verein ist unser Anliegen die Verstärkung des gesellschaftlichen Zusammenlebens durch Verständigung, Akzeptanz und Integration. Dabei spielt der Dialog und die Offenheit zum Kennen lernen sowie der Selbstvorstellung eine entscheidende Rolle. Denn eine auf Gemeinsamkeiten basierende Beziehung stellt den Nährboden für ein friedliches Leben unterschiedlicher Nationalitäten dar. Wenn aber in der Gesellschaft nur über Unterschiede gesprochen wird, dann ist die Entstehung von Distanz und Vorurteilen mit der Zeit unvermeidbar. „Vorurteile zu zertrümmern ist schwieriger als Atome“, so Einstein aber es ist nicht unmöglich. Integration ist Dialog und fängt mit Dialog an. Eine Tatsache in der anatolischen Kultur: „Einen Menschen lieben, weil er eben ein Mensch ist, ohne Unterschiede zu machen über Rasse, Glauben oder Herkunft“ stellt unseren Grundsatz dar, wonach sich die Projekte im PHÖNIX richten.

Kontakt:

Phönix in Tirol - Bildungsinstitut

0043 512 890428

info@phoenix-bildung.at

Anichstraße 17

6020 Innsbruck

6.17 Sprachinsel



Verein Sprachinsel - Forum für interkulturelles Lernen
6020 Innsbruck – Südtirolerplatz 6
Tel/Fax: 0512 583530

Förderung von Pflichtschülern und Schülerinnen mit nichtdeutscher Muttersprache

Das Ziel des Vereins „Sprachinsel“ ist es, die Schüler und Schülerinnen mit nichtdeutscher Muttersprache durch professionelle Betreuung bestmöglich auf ihrem schulischen Bildungsweg zu unterstützen und somit ihre Integration zu fördern.

Maßnahmen zur Förderung der schulischen Leistungen:

- **Hausaufgaben- und Lernbetreuung:**

Die SchülerInnen werden in kleinen Gruppen von drei bis vier Kindern intensiv betreut, wodurch auf individuelle Schwächen besser eingegangen werden kann und sich in Folge die schulischen Leistungen sichtbar verbessern.

Die Lernerfolge, die durch diese Art der Förderung erzielt werden können, wirken sich positiv auf das Selbstbewusstsein der Kinder und somit auch auf ihr soziales Verhalten in der Schule aus.

- **Leseförderung:**

Da die Lesekompetenz entscheidend für den Schulerfolg ist, wird darauf besonderer Wert gelegt.

- **Ferienkurse:**

Wiederholung und Auffrischung des Gelernten in Semester-, Oster- und Sommerferienkursen.

- **Schulbegleitende Mütterkurse:**

Um die familiäre Unterstützung zu fördern, werden bei Bedarf Deutschkurse für die Mütter der Kinder angeboten.

6.18 Integrationsforum

Das Tiroler Integrationsforum ist eine unabhängige Plattform von Organisationen, Einrichtungen und Privatpersonen, die für eine zukunftsfähige INTEGRATIONSPOLITIK in Tirol arbeitet. Das Integrationsforum besteht als solches seit 2000 und war sowohl bei der Gründung des JUFF Integrationsreferates sowie bei der Erstellung des Integrationskonzeptes maßgebend beteiligt.

Als Integrationsforum sind uns die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen verschiedenen Integrationsinitiativen, unabhängig von Herkunft, Religion oder politischer Ausrichtung wichtig. Darüber hinaus treten wir für soziale Gleichstellung, politischen Rechte und Chancengleichheit der MigrantInnen in Politik und Öffentlichkeit ein. Wir wollen die Integrationspolitik im Land kritisch und tatkräftig mitgestalten. Das Integrationsforum entsendet drei Mitglieder zum Integrationsbeirat des Landes Tirol.

Wir treffen uns regelmäßig, besprechen aktuelle Themen und Entwicklungen der Integrationsarbeit in Tirol, berichten über die eigenen Tätigkeiten, suchen neue Formen der Kooperation und organisieren Bildungsveranstaltungen.

Unsere Ziele


- Vertretung der Interessen von MigrantInnen in der Öffentlichkeit und in der Politik
- Kritische und aktive Mitgestaltung der Integrationspolitik
- Austausch zwischen Vereinen, Initiativen und Organisationen
- Vernetzung und Zusammenarbeit

Unter Integration verstehen wir „dynamische und nicht abschließbare Prozesse, welche nicht nur die Zugewanderten, sondern genauso die einheimische Bevölkerung betreffen“. Die Basis für diese Prozesse ist jedoch vor allem ein für alle in Tirol lebenden Menschen gleichberechtigter Zugang zu Rechten und Ressourcen. So kann eine gleichberechtigte Teilhabe auf sozialer, struktureller und kultureller Ebene erreicht werden.

Kontakt:

Elisabeth Reiter
Integrationsforum - Koordination
elisabeth.reiter@dibk.at
Tel. 0512/ 58 78 69-19
Haus der Begegnung, Rennweg 12, Innsbruck

7. SpectACT

Szenische Impulse und Kommentare wurden von  - dem Verein für politisches und soziales Theater gegeben. www.spectACT.at



Leitung: Mag. Armin Staffler.

Mitwirkung: Hilal Turgut, Tayfun Kilic, Manfred Unterluggauer.

8. Podiumsdiskussion

Dauer: 14:15 – 15:45

für die Dokumentation: Mag.^a Andrea Moser (Referat für Integration)



Moderation: Dr. Siegfried Walch

TeilnehmerInnen Podiumsdiskussion:

LAbg. Mag. Hannes RAUCH (ÖVP)

LT-Vizepräs. Gabi Schiessling (SPÖ)

Klubobmann Bernhard Ernst (Liste FRITZ)

LT-Abg. Walter Gatt (FPÖ)

LT-Abg. Dr. Christine Baur (GRÜNE)

Ovagem Agaidyan (Integrationsforum)

Mag. Oscar Thomas-Olalde (Integrationsforum)

(Klubobmann Fritz Gurgiser hat nicht an der Diskussion teilgenommen)

8.1 Eingangsstatements

Ovagem Agaidyan „Wir vertreten hier das Integrationsforum. Das Integrationsforum ist ein Zusammenschluss verschiedener NGOs, die alle in dem Bereich der Integrations- und Antirassismuserbeit tätig sind.

Ich möchte auf drei wesentliche Bereiche eingehen. Erstens, Integration betrifft alle, ohne Rücksicht auf die Herkunft oder die Haarfarbe, mit allen Gemeinsamkeiten und Differenzen. Außerdem möchte ich klarstellen: wenn ich von WIR rede, dann meine ich Tirol, obwohl ich in Istanbul geboren bin. Ich lebe seit zwanzig Jahren in Tirol und das Gefühl, dass das meine Heimat ist, kann man mir nicht nehmen.

Gelungene Integration ist dann sichtbar, wenn jeder die gleichen Chancen, den gleichen Zugang und die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung von Gesellschaft bekommt. Dazu müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das ist eine Botschaft an den Landtag, der hier die Möglichkeiten der Gestaltung von Rahmenbedingungen hat und Ressourcen zur Verfügung stellen muss.

Die wichtigsten Fragen in Zusammenhang mit Integration sind für mich „Was ist der Maßstab für Integration?“ und „Wer entscheidet das?“. Das ist nicht einfach alles mit einem Deutschkurs zu erreichen. Geld ist nicht das Wichtigste, aber es braucht auch Geld. Das ist mein zweiter Punkt.

Drittens möchte ich den Bereich der Bildung ansprechen, der laufend heftig diskutiert wird. Solange wir Kinder haben, die drei Jahre in den Kindergarten gehen und dann mit katastrophalen Sprachkenntnissen in die Schule kommen, haben wir ein Bildungsproblem. Ich will damit nicht sagen, dass da nichts passiert, aber das Bildungssystem ist immer noch zu wenig auf die Tatsache der Migration vorbereitet. Es muss sich an die Gegebenheiten der Zeit anpassen. Das ist die größte Herausforderung für die Zukunft.“

Oscar Thomas-Olalde: „Auch ich sitze hier als Vertreter des Integrationsforums. Die Aufgabe des Integrationsforums ist es, kritisch und konstruktiv an der Integrationspolitik des Landes mitzuarbeiten. Das Integrationsforum entsendet drei Mitglieder in den Integrationsbeirat des Landes Tirol.

Integration ist ein schwieriger Begriff, er ist vage und nicht selbstverständlich. In anderen Kontexten spricht man zum Beispiel gar nicht von Integration – wie in Frankreich und Großbritannien, wo die Rede von Diversity Management ect. ist. Ich komme aus Mexiko und da geht es bei Integrationspolitik zum Beispiel um die Integration älterer Menschen. Es ist also nicht selbstverständlich von Migration zu sprechen, wenn man von Integration spricht. Problematisch ist außerdem das Reden von Abstammungsgemeinschaften. Das Argument, dass *wir* die sind, die immer schon da waren, ist historisch einfach nicht richtig.

Die zentrale Frage in Zusammenhang mit Integration ist: „Wie versteht sich eine Gesellschaft selber?“ – Begriffe wie Solidarität und Antidiskriminierung haben dabei eine hohe Relevanz. Außerdem ist es wichtig darüber zu sprechen, wer überhaupt definiert, wer dazugehört. Diese Diskussion können wir uns nicht ersparen.

Auch für die Politik ist es wichtig, neben der Setzung von Maßnahmen, Begriffe zu reflektieren.

Ein wichtiges Thema für die Integrationspolitik ist, dass es eine strukturelle Dimension von Diskriminierung gibt. Integration ist eine Querschnittsaufgabe für alle Bereiche. Ein Masterplan für alle Bereiche ist notwendig.

Eine wichtige Verantwortung der Politik sehe ich darin, Zukunftsvisionen über Wahlkämpfe hinaus und nicht auf die Kosten von MigrantInnen und der Gesellschaft zu erarbeiten. Die Zeit ist reif für einen Ehrenkodex bei Wahlkampagnen.

Wir haben bereits gehört dass das Fehlen einer sinnvollen Integrationspolitik sehr teuer ist. Ressourcen müssen in die Integration und in die Umsetzung des Integrationskonzeptes fließen.“

LT-Vizepräs. Gabi Schiessling (SPÖ) verweist darauf, dass sie den Antrag für die Enquete gemeinsam mit der ÖVP eingebracht hat und, dass alle Fraktionen zugestimmt haben, sich dem Thema Integration einen ganzen Tag zu widmen. Schiessling bedankt sich bei den Veranstaltern und den verschiedenen Initiativen, die im Integrationsbereich tätig sind.

„Für mich ist Integration gar nicht so schwierig, da ich aus der Sozialarbeit komme. Ich stelle mir dabei die Frage: „Wem gehört die Welt?“ und komme dann darauf, dass wir keinen Anspruch auf Tirol haben. Wir müssen es öffnen für Menschen, die kommen. Es ist wichtig, dass wir Chancen auf Begegnung, Annäherung und Ent-ängstigung bieten. Wir gehen in Tirol da den richtigen Weg. Es ist wichtig, dass wir alle Kräfte bündeln, und auch die FPÖ mit ins Boot holen. In Bezug auf Paul Mecheril möchte ich auch sagen, dass es das Thema Integration gar nicht geben dürfte. Es geht schlicht um die Vereinbarkeit von Identitäten und die Frage, wie Menschen aus allen Teilen der Welt zusammen leben können. Wir Sozialdemokraten haben da klare Vorstellungen. Zur Bundessituation möchte ich sagen, dass die Verknüpfung der Themen Sicherheit und Integration im BMI ein ganz schlechtes Signal ist.“

LT-Abg. Dr. Christine Baur „Integration ist ein sehr brisantes Thema in der Politik. Es ist ganz wichtig, dass wir heute hier sitzen, aber es darf nicht sein, dass wir am Abend sagen, dass es „langweilig“ war. In Zusammenhang mit Diskriminierung gibt es soviel Elend. Ich möchte nicht so tun, als hätten wir ein tolles Integrationsleitbild. Wie haben eine schreckliche Innenministerin, aber das Land kann das auffangen. Lokales Handeln ist gefragt. Wir müssen Brücken bauen, das System umbauen und Solidarität mit den Fremden leben. Wichtig ist immer auch die Frage „Wer bin ich?“, „Was ist fremd in mir?“ und „Wie kann ich mit dir?“

Diskriminierung ist ein Faktum und es ist schlimm, wenn aus dieser Situation Ängste geschürt und Stimmen gemacht werden. Wir alle suchen populistische Antworten auf die populistische Aussagen der FPÖ, aber das kann nicht unsere Methode sein. PolitikerInnen brauchen Haltung! Auch ein Miteinander mit Menschen kann Wahlstimmen bringen! Wir müssen Verantwortung dafür zeigen, wie wir mit der Welt umgehen, wie wir mit dem Fremden umgehen. Wir stecken viel zu viele Ressourcen in Herrschaftserhaltung, das kostet sehr viel Geld. Es ist schwierig, es braucht globale Veränderung, aber lasst es uns lokal umsetzen!“

LT-Abg. Walter Gatt: „Möglicherweise ist der heutige Vormittag ein Ausfluss aus einer aktuellen Stunde in der die FPÖ das Thema Integration im Landtag aufgeworfen hat. Die anderen Parteien haben die Diskussion damals verweigert. Daraus wurde dann der Beschluss für die Landtagsenquete gefasst.

Ich glaube wir reden an der Realität vorbei. Die Ängste und Sorgen der Tiroler Bevölkerung werden weder angesprochen, noch ernst genommen. Wenn man sich im eigenen Land als Fremder fühlt, weil man große Teile der Bevölkerung nicht mehr versteht, dann hat man den Eindruck, man bewegt sich nicht mehr in Tirol. Man könnte dann meinen, dass man nicht in Tirol, sondern in Ankara ist. Da muss man verstehen, dass die Menschen Sorgen haben. Heimat ist auch ein Begriff des Selbstverständnisses, dass ich mich dort bewegen kann, ohne mich erklären zu müssen und dass ich nicht nachfragen muss, wenn die Menschen sprechen. Ich erwarte von allen den Willen, die deutsche Sprache zu lernen. Bei einem Großteil der Neuzugewanderten ist das auch kein Problem. Wenn jemand ein Problem hat mit der deutschen Sprache, dann muss er den Willen mitbringen, die deutsche Sprache zu lernen.

Ich stimme zu, dass der Begriff Integration kein glücklicher Ausdruck ist. Das Problem ist hier die Nichtdefinition von Seiten der Politik. Ein Großteil der Bevölkerung versteht unter Integration nämlich Anpassung und versteht oft erst danach, dass die Politik da etwas anderes darunter versteht und es gar nicht um Anpassung geht. Wir Freiheitlichen verstehen

unter Integration Anpassung jener, die zu uns kommen. Nicht in allen kulturellen, religiösen und sozialen Belangen. Grundvoraussetzung ist die deutsche Sprache: in Tirol und in Österreich wird Deutsch gesprochen! Integration ist die Bringschuld der Zugewanderten. Die Hauptverantwortung dafür liegt in den Familien. In der Weigerung die deutsche Sprache als Umgangssprache zu verwenden liegt das Hauptproblem für die Schule und den Arbeitsmarkt.“

LAbg. Mag. Hannes RAUCH „Ich möchte hier klarstellen, dass die anderen Parteien im Landtag keineswegs die Diskussion zum Thema Integration verweigert haben, sondern ausschließlich den von der FPÖ gefahrenen Stil dieser Diskussion.

Der Begriff Integration ist sehr vielfältig – da bringen wir sicher nicht einmal im Landtag einen Beschluss zusammen, was wir darunter verstehen. Die Sprache ist aber sicher ein wichtiger Schlüssel. Integration im Innenministerium berührt sehr viele Themen und Gesetze.

Integration ist eine Querschnittsmaterie. Durch die Einführung eines eigenen Staatssekretariats ist sicher nicht alles gelöst.

Die Staatsbürgerschaft steht am Ende einer erfolgreichen Integration. Es sind Fakten, dass Zuwanderer ein niedrigeres Lohnniveau, ein niedrigere Bildungsschicht, eine schlechtere Wohnsituation und weniger Eigentum haben. Der Bildungsbereich ist zentral. Für den Bildungsbereich würde ich vorschlagen, die Klassenschülerhöchstzahl zu senken und einen Stützlehrer anzustellen, wenn ein großer Anteil an MigrantInnen in der Klasse ist. Auch der interreligiöse Dialog ist wichtig. Österreich hat hier Startvorteile, da der Islam schon seit 1909 (19?) eine anerkannte Religionsgemeinschaft ist.“

Klubobmann Bernhard Ernst: „Zunächst möchte ich mich beim Organisationsteam und den Aktiven bedanken. An die ÖVP möchte ich die Frage stellen: warum tut man das nicht, was man sollte, wenn es eh so einfach möglich wäre?

Das Kalenderbild mit der Kartoffel vom Integrationskalender gefällt mir gut. Integration ist eine heiße Kartoffel.

Ich habe heute den aktuellen Klimabericht gelesen. Wie Professor Mecheril bereits ausgeführt hat, kommt da etwas auf uns zu, das niemand stoppen kann.

Zur Sprache möchte ich sagen: in Innsbruck gibt es das Unternehmen *Bürokrates* -die Firmensprache dieses internationalen Unternehmens ist ausschließlich Englisch. Wenn es um Eliten geht, ist das Sprachenthema eher selten. Trotzdem sind Sprachprobleme natürlich ein Thema. Aus meiner Sicht ist Tirol multikulti. Tiroler Täler sind von allen Richtungen besiedelt. Bei der Polizei, der Musik und dem Militär sind MigrantInnen vertreten. Ich wundere mich, warum es noch so wenig MigrantInnen in der Verwaltung, noch keine Hofräte und Aufsichtsräte gibt?!

Ein großes Thema ist die Unsicherheit. Aus Unsicherheit kommt Angst und aus Angst Aggression. Das ist die Kausalkette, die für den Wahlerfolg der FPÖ verantwortlich ist. Wir müssen uns fragen, woher kommt die Unsicherheit? Die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftssituation verunsichert heute viele Menschen. Große tradierte Systeme wie die Familie krachen zusammen. Man kann darüber sprechen, dass türkische Jugendliche in der Bogenmeile Schlägereien anzetteln, aber das machen andere auch! Es wird Menschen vielfach sehr schwer gemacht. Asylwerber zum Beispiel dürfen nicht arbeiten und bekommen kein Geld. Man darf sich nicht wundern, was daraus resultiert.

Ich bin Mitglied der Forschungsgruppe Dialog in Vorarlberg. Begegnung zwischen allen Menschen ermöglichen und Dialog leben, das ist wesentlich für eine konfliktfreie Gesellschaft.



8.2 Reaktionen und Anfragen aus dem Publikum

Katharina Ortner (Frauen aus allen Ländern): „In Richtung Herrn Gatt möchte ich sagen, dass die Forderung in allen Familien Deutsch zu sprechen nicht richtig ist. Wissenschaftlich ist längst belegt, dass die Förderung der Erstsprache entscheidend für das Erlernen einer Zweitsprache ist.“

Jussuf Windischer (Integrationshaus): „Ich schlage einen Deutschkurs für Inländer vor. Es ist wichtig langsam zu sprechen, damit alle gut Deutsch lernen können. Es ist entscheidend, dass die Menschen eine Arbeit bekommen. Dort lernt man die deutsche Sprache.“

Claus Melter (Uni Innsbruck): „Es gibt auch Diskriminierungen im Schulsystem von Kindern die ausreichend Deutsch sprechen. Welche Lösungen bietet die Politik hier an?“

Publikum (Initiative zur gelebten Integration): „Was nützt mir die deutsche Sprache bei strukturellem Rassismus? Was bringt es, wenn ich trotzdem keine Wohnung und keine Arbeit bekomme? In der gezielten Ausländerwahlkampagnen, da versteckt sich der Rassismus. PolitikerInnen müssen aufpassen, was sie mit der Gesellschaft machen.“

Birgit Eder (Abteilung Bildung): „Angst ist gut produzierbar und einsetzbar als gezieltes Steuerungselement. Aber wir müssen uns fragen, wovor sollten wir uns fürchten? Wo macht Angst Sinn? Angst vor der Finanzwelt würde zum Beispiel Sinn machen. Hier spricht niemand von Angst. Die Politik gibt den Menschen vor, wovor sie sich fürchten sollen.“

Paul Mecheril (Uni Innsbruck): „Es gibt einen Konsens darüber, dass es um die Verbesserung von Kommunikationsstrukturen in Gesellschaft geht! Kommunikationsfähigkeit in Migrationsgesellschaften könnte als Ziel der Interkulturellen Pädagogik formuliert werden. Ich möchte die Frage stellen, inwieweit die Politik bereit ist, hier die wissenschaftliche Expertise, die es gibt, zur Kenntnis zu nehmen.“

Publikum: „Ich habe Angst inwieweit durch gewisse Parteien Angst politisiert wird und dadurch Gräben aufgemacht werden.“

Erwin Niederwieser: „Verschiedene Sprachen bedeuten auch einen Reichtum, dieser muss bewusst gemacht werden. Es nützt nichts auf Herrn Gatt einzureden, das habe ich auch schon versucht. Was hilft, ist ihm das Wasser abzugraben und alternative Konzepte anzubieten.“

Publikum: „Was versteht Gatt unter Integration – bei diesen Wahlplakaten? Das Problem ist auch wie durch Medien Feindbilder transportiert und verstärkt werden.“

Publikum: „Haben Sie auch Angst vor Touristen, die sprechen auch andere Sprachen?“

Ewald Heinz (Integrationsbeauftragter Telfs): „Es ist wichtig Folgendes festzuhalten. In Telfs ist jeder 6. Mitbürger türkischstämmig, jeder 4. Jugendliche und jedes 3. Kind. 40 der insgesamt 50 Dreijährigen besuchen eine Sprachstartgruppe. Wie kommen Sie dazu zu sagen, dass Kinder beim Eintritt in das Bildungssystem „kaum ein Wort Deutsch“ können? Da sind wir bei der Herstellung von Unsicherheit und der Produktion von Angst.“

Nikolaus Meze (Österreichischer Integrationsfond): „Kann man heute im Wahlkampf mit Integration Stimmen gewinnen? Wo stehen wir bei diesem Thema?“

Efendy Onay (Integrationsbüro): „Warum ist die Kartoffel so heiß? Wieso ist es nicht möglich, der FPÖ Paroli zu bieten, wenn alle anderen Parteien anderer Meinung sind?“

Publikum (AMS): „Das Integrationsthema ist stark von Werten getragen. Werten, die von vielen geteilt werden. Frau Biffl hat es bereits angesprochen – wir müssen diese Werte auch in Ziele und Zielvorgaben übersetzen. Wir brauchen auch Indikatoren, damit wir eine Entwicklung dokumentieren können und Menschen überzeugen können, dass Integration Entwicklung bringt.“

Verena Schlichtmeier (Ankyra): „Ich finde, das ist ein sehr psychologischer Diskurs. Ich hätte gerne mehr Rechtsdiskurs. Recht ist die Grundvoraussetzung für Integration, Heimat ist dort, wo ich Rechte habe.“

Gudrun Biffl (Donauuni Krems): „Integration bedeutet überall etwas Anderes. Es ist wichtig zu wissen, was Integration bedeutet. Und wir wissen das! Ich habe den Eindruck, dass wir den Prozess auf EU Ebene, den wir seit 2003 hinter uns haben, ausblenden und vergessen. Wir müssen uns damit auseinandersetzen. Der Begriff wird definiert, er wird mit Inhalten gefüllt und durch ein Monitoringsystem beschrieben! Österreich dümpelt da am Ende Europas herum! Wir stellen uns der internationalen Diskussion nicht. Wir müssen die europäische Diskussion und Definition transparent machen und das Monitoring selbst mitgestalten!“

Brugger (Grüne): Wir alle scheinen sehr entsetzt über das, was Gatt zur Integration zu sagen hat. Aber das ist zu wenig! Ich möchte an die regierenden Parteien die Frage stellen, welche Taten werden konkret aus dieser Enquete folgen? Wird es mehr Mitbestimmungsrechte geben, Mietzinsbeihilfe für Migrantinnen, kleinere Klassen und StützlehrerInnen?“

Yeliz Dagdevir (Initiative Minderheiten Tirol): „Nur Vorwürfe zu machen ist nicht zielführend. Die Politik hat lange geschlafen. Integration ist eine zehn-jahre-junge Entwicklung. Arbeitsmigration ist aber mindestens 50 Jahre alt. Man kann den Menschen fehlende Integration nicht vorwerfen, wenn man erst seit 2000 beginnt das Thema professionell zu bearbeiten und Rahmenbedingungen zu schaffen. Warum werden immer nur Türken so defizitär diskutiert? Rechtliche Gleichstellung und Antidiskriminierung sowie die Anerkennung von Qualifikationen sind das um und auf.“

Johannes Ungar: Wie geht's weiter? Welche Mittel für die Umsetzung des Konzeptes werden zur Verfügung gestellt?“

Der Moderator fordert die PodiumsteilnehmerInnen auf, die Diskussion mit einem Satz, den sie in fünf Jahren in der TT lesen möchten, abzuschließen.

Klubobmann Bernhard Ernst: „Das Bittere ist, dass die FPÖ Slogans funktionieren. Kommunikationstechnisch ist das natürlich brillant.

Als Slogan würde ich mir wünschen: Tirol ist bunt - in Vergangenheit und in Zukunft!“

LAbg. Mag. Hannes RAUCH: „Man sieht, dass alle in die FPÖ Falle tappen und nur darüber diskutiert wird. Ich wünsche mir, dass in fünf Jahren hoffentlich nicht die 2. Integrationsenquete stattfinden wird.“

LT-Abg. Walter Gatt: „Als Headline wünsche ich mir: „FPÖ hat die absolute Mehrheit- das Integrationsproblem ist gelöst!“

Ich habe keine Angst vor Touristen, die fahren ja wieder nach Hause..

„Daham statt Islam“: sollte zum Ausdruck bringen, dass es eine große Zahl an Menschen in Tirol gibt, die sich zuhause nicht wohl fühlen, weil es rundherum zu viel Islam gibt.“

LT-Abg. Dr. Christine Baur: In der TT wird stehen, dass die damalige Integrationsenquete eine Allparteiantrag zum Ergebnis hatte: dass Budget wurde um 10% erhöht, Verträge von ArbeiterInnen in Integrationseinrichtungen wurden auf 3 Jahre fixiert, das Maßnahmenpaket aus dem Integrationskonzept wurde komplett umgesetzt und in der Folge konnte das Integrationsreferat aufgelöst werden.“

LT-Vizepräs. Gabi Schiessling: „Als Zitat wünsche ich mir: „Die erste Tugend ist das Streben nach gerechtern Verhältnissen“ Es ist unsere Verantwortung als Tiroler Landtag jetzt weiter zu machen und nicht in Regierung und Opposition zu trennen. Wir müssen gemeinsam etwas machen.“

Oscar Thomas-Olalde: „Ich möchte lieber 20 Jahre im Sinne einer Utopie voraus denken und lesen wollen: „Das Budget des Landes für die Umsetzung des Integrationskonzepts wurde genehmigt. Eine umfassende Antidiskriminierungspolitik als Querschnittsmaterie wurde umgesetzt. Parteien vertreten proaktive, intelligente und zukunftsorientierte Konzepte.“

Ovagem Agaidyan: „Mich interessiert nicht, was in der TT in fünf Jahren stehen. Ich möchte betonen, die Sprache ist nicht Maß aller Dinge - wenn ich gut Deutsch sprechen kann, ist dann alles möglich? Wir brauchen soziale und rechtliche Gleichstellung!!

Wir brauchen eine profunde Ausbildung und faire Zugangschancen. Integration ist dann gelungen, wenn sie in allen Gesichter und Facetten erkennbar wird.“

Der Moderator beschließt die Podiumsdiskussion.

8.3 Kommentarbox

„Wie geht man mit dem Phänomen um, dass trotz offenem Hauptssystem von einer Minderheit von Migrantinnen keine Integrationswilligkeit besteht? Besteht die Ursache dafür u.U. in mangelnder Partizipation an Lebenschancen (Bildung, Einkommen, Sozialer Statur)? Falls ja, wäre hier sprachlich (Modell Niederlande: Kindersozialleistungen an verpflichtenden Kindergartenbesuch geknüpft) oder mit einer verpflichtenden Integration am Arbeitsmarkt (Modell USA, k. Sozialleistungen) anzusetzen?“

9. Schlussworte LR Gerhard Reheis

LR Reheis: „Der Erfolg dieser Enquete ist daran sichtbar, dass auch jetzt noch so viele Menschen da sind. Es wurde ein vernünftiger Dialog geführt und ich möchte alle einladen, das Gehörte wirken zu lassen.

Integration heißt Anerkennung - Das ist ein Fenster ins gelungene Miteinander - die Freiheit des anderen in die eigene Freiheit zu integrieren.

Menschenrecht und Integration sind Themen, für die politische Gesichter und starke Stimmen notwendig sind. Ich fordere einen EU-Kommissar für Integration und Menschenrecht und auf Bundesebene einen eigenen Staatssekretär oder Minister.

Als Headline für die Tiroler Tageszeitung in fünf Jahren, stelle ich mir vor: Ein Budget für Integrationspolitik ist nicht mehr notwendig – soziale und rechtliche Gleichstellung sind umgesetzt.

Bei den Organisatoren der Enquete und allen Aktiven im Integrationsbereich möchte ich mich ganz herzlich bedanken.“